

GEW



DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**November
2005**

Armut

47.55
8.98
62.5

Inhalt:

Die im Dunkeln sichtbar machen?!

Was der zweite Armuts- und Reichtumsbericht über die bundesrepublikanische Gesellschaft enthüllt – und was nicht.
von Dr. Ute Kratzmeier S. 3

Was heißt Hartz IV konkret?

Erfahrungen aus der Beratungspraxis des Diakonischen Werkes Rosenheim
von Helmut Türk-Berkhan S. 6

Im ständigen Konflikt mit sich selbst

Spurmaßnahmen beim Allgemeinen Sozialdienst (ASD) der Stadt Nürnberg
von Gerda Steinkirchner S. 9

Familien in prekären Lebenslagen

Interview mit Dr. Walter Bien, Deutsches Jugendinstitut S. 10

Aushang:

Praktische Übung

zur Förderung sinnlicher Erkenntnis S. 12

Was heißt Kinderarmut in einem reichen Land?

von Martina Donner S. 14

Des Ministers letzte Schlacht

von Karin Just S. 15

Material und Literatur S. 16

Die Bugwelle wird größer

Ausgrenzungen beim Übergang Schule – Beruf
von Robert Günthner S. 17

Landrat Zorn ein »Lidk« des öffentlichen Dienstes?

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 19

Antwort an die CSU-Fraktion

von Heidi Breucker-Bittner S. 20

Verschiedenes S. 21

Dies und Das S. 22

Glückwünsche und Veranstaltungen S. 23

Kontakte S. 24

**Telefonische Sprechzeiten der GEW Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder: montags und donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59**

Korrektur zum Artikel in der Oktober-DDS:

GEW-Mitglied im Ausland?

Unter dieser Überschrift wurden E-Mail-Adressen der Bundes-GEW veröffentlicht, die inzwischen überholt sind. Die neue Anschrift des Rechtsschutzsekretärs für GEW-Mitglieder im Ausland lautet paul.michel@gew.de, und Karin Gaines erreicht man unter karin.gaines@gew.de, wenn es z.B. um eine Adressenänderung geht.

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Verhältnisse in einem reichen Land: In Augsburg und München können die Essensausgaben für Bedürftige den Andrang nicht mehr bewältigen und haben deshalb einen Aufnahmestopp erlassen. In Wolfratshausen kommen statt 180 Menschen, wie noch im Mai dieses Jahres, mittlerweile 280 zur örtlichen »Tafel«. (SZ 25.10.05) Der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. meldet eine Zunahme der Bedürftigen als Folge von Hartz IV. Ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche. Tendenz steigend. Münchens Sozialreferent berichtet, dass immer mehr Eltern ihre Kinder von Mittagstisch oder Kindertagesbetreuung abmelden, weil sie z.B. die 30 Euro Essensgeld im Monat nicht mehr finanzieren können. In einem Tagesheim des Münchner Nordens betrifft dies 80 von 220 Kindern, weitere 100 sind nur noch über Spenden und Stiftungsmittel zu halten. Bei Stiftungen häufen sich Anträge auf Übernahme von Stromschulden, Mittagstischkosten oder Kosten für die Erstausrüstung zum Schulanfang (SZ 11.10.05). Jedes 7. Kind in Deutschland lebt laut einer Studie des Paritätischen mittlerweile auf Sozialhilfeniveau.

Die andere Seite des Verhältnisses dokumentieren die Fotos im ersten Teil dieser DDS, aufgenommen in München bei einem kurzen Gang durch die Maximilianstraße.* Dort shoppen bekanntlich unsere »LeistungsträgerInnen«.

Es liegt uns fern, hier eine sog. Neid-Debatte zu entfachen. Mag sich den Luxus leisten, wer kann und wer ihn nötig hat. Wir ahnen nur schon, womit die Bundesregierung die angekündigte Haushaltskonsolidierung in Höhe von 35 Mrd. Euro finanzieren will. Es wird wohl kaum eine erhöhte Mehrwertsteuer auf Luxusgüter sein.

Karin Just

* Läden höheren Niveaus verschweigen übrigens die Preise ihrer Waren. Bei deren Kundschaft kommt es auf 1000 Euro mehr oder weniger auch nicht an.

Achtung SchulleiterInnen und KonrektorInnen an GHS und FöSch bitte Einladung zum Treffen am 10.12.05 auf Seite 5 beachten!

Folgende Meldung erreichte uns kurz vor Druckbeginn:

Am 23.11. um 15.00 Uhr soll in Weißenburg eine Kundgebung zum Anlass der Synode der ev. luth. Kirche stattfinden. Aufgerufen sind alle ArbeitnehmerInnen der Wohlfahrtsverbände/Freier Träger. Die Diakonie ist drauf und dran, ihr Sozialdumping um jeden Preis fortzusetzen und gefährdet damit die Standards auch aller übrigen.

Am Bahnhof Weißenburg soll eine Demo beginnen, dann wird durch die Stadt marschiert bis hin zur Synode, wo man die Synodalen in Gespräche verwickeln will. Mehr wissen wir noch nicht.

Weitere Infos bei: Günther Schedel-Gschwendtner
Sozialpädagogische Büro der GEW Bayern

Tel. 09 11-28 92 04 und E-Mail: GEW_SozPaed@t-online.de

Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5389487
e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Doro Weniger.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Die im Dunkeln sichtbar machen?!

Was der zweite Armuts- und Reichtumsbericht über die bundesrepublikanische Gesellschaft enthüllt – und was nicht.

1999 beschloss der Bundestag eine regelmäßige nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Sie soll die Grundlage für eine gezielte Armutsbekämpfung sein. Seit März 2005 liegt nun offiziell der nunmehr zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vor. Aus unterschiedlichsten Gründen ist dieses über 300 Seiten dicke Dokument eine Quelle der Frustration und auch ein Ärgernis.

Was ist Armut in einem reichen Land?

Armut ist relativ. In reichen Wohlstandsgesellschaften wie Deutschland kann es bei der Definition von Armut nicht um absolute Armut gehen. Im Bericht (S. 11) heißt es: »Armut wird als auf einen mittleren Lebensstandard bezogene Benachteiligung aufgefasst.«¹ Die Beschreibung und Bewertung von Lebenslagen nimmt folgerichtig Bezug auf die jeweilige Gesellschaft. In diesem Sinne angemessene Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben können sich jedoch nicht im bloßen Vergleich von Einkommensverhältnissen erschöpfen. Im Armuts- und Reichtumsbericht sind denn auch eine Vielzahl von Dimensionen dargestellt, die Armut und soziale Ausgrenzung bedingen können.

Dessen ungeachtet ist das Einkommen der wichtigste Faktor. In den EU-Staaten hat man sich auf die Definition einer »Armutrisikoquote« geeinigt. Es gilt als arm, wer über weniger als 60 Prozent des Mittelwerts des Nettoäquivalenzeinkommens² verfügt. In Deutschland gilt demnach ein Ein-Personen-Haushalt mit einem monatlichen Einkommen von 940 Euro und weniger als arm. Für jeden weiteren Erwachsenen wird die Hälfte, für weitere Kinder unter 14 Jahre ein Drittel dieses Betrages veranschlagt.

In Deutschland haben etwa zwei Prozent der Bevölkerung höchstens 600 Euro zur Verfügung.

Gescheiterte Armutspolitik ...

Für Frustration sorgt vor allem die Erkenntnis, dass die an und für sich löbliche Berichterstattung über die Lebenslagen in Deutschland offensichtlich bislang nicht dazu beigetragen hat, die Armut in Deutschland zu verringern – im Gegenteil: Im Jahr 2003 fielen 13,5 % der deutschen Bevölkerung unter die Armutrisikogrenze³. 1998 waren es noch

12,1 Prozent. Die Quote der Kinder bis zu 15 Jahren ist im selben Zeitraum von 13,8 Prozent auf 15 Prozent gestiegen, die der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis 24 Jahre) sogar von 14,9 Prozent auf 19,1 Prozent!

Das Armutsrisiko, insbesondere für Kinder und Jugendliche, hat während der Regierungszeit von Rot-Grün also zugenommen.

... erfolgreiche Reichenpolitik

Wie steht es demgegenüber mit dem Reichtum? Im Armuts- und Reichtumsbericht wird zwar eingeräumt, dass die Datenlage zum Thema Reichtum ungenügend ist: »Die Beschreibung und Analyse des Reichtums in Deutschland stellt sich ungleich schwieriger dar als die der Armut. Anders als bei der Armutsberichterstattung kann beim Reichtum nicht in analoger Weise wie bei Armutsfragen an eine etablierte Forschungsrichtung, konzeptionelle Vorarbeiten und empirische Arbeiten angeknüpft werden« (S. 41). Offensichtlich hielt es noch keine Bundesregierung für notwendig, diese »Forschungslücke« zu schließen. Die vorhandenen Daten lassen sich in der Aussage zusammenfassen, dass die Reichen noch reicher geworden sind. Die Entwicklung der Vermögensverteilung zeigt dies in aller Deutlichkeit: 1993 besaßen rund zehn Prozent der reichsten Haushalte knapp 45 Prozent des gesamten Nettovermögens (d.h. das Vermögen ist um die Schulden bereinigt). 2003 sind es knapp 47 Prozent.

Für die Begrifflichkeit des Einkommensreichtums gibt es, wie für den allgemeinen Begriff des Reichtums, noch keine akzeptierte und allgemein gültige Festlegung. Im Armuts- und Reichtumsbericht hat man sich hilfsweise darauf geeinigt, dass als einkommensreich diejenigen Personen gelten, die über mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens verfügen. Die aktuellsten Daten

Die Uhren entstammen einer ganzseitigen Anzeige auf Seite 5 der Süddeutschen Zeitung vom 17.10.05. Die schräggestellten Preise wurden von uns hervorgehoben.



Präsidenten-Buhr
Uhren
€ 11.200
11.10.05



A. Lange & Söhne
Lange Lange
€ 10.500
11.10.05



Karlmann
Uhren
€ 10.500
11.10.05



A. Lange & Söhne
Grafik Lange
€ 11.200
11.10.05



W. P. P. Uhren
Uhren
€ 10.500
11.10.05

¹ Alle im Text angegebenen Seitenzahlverweise beziehen sich auf: Deutscher Bundestag, Drucksache 15/50: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin, März 2005.

² Nettoäquivalenzeinkommen heißt, dass die Bedarfe in den Haushalten je nach Personenzusammensetzung unterschiedlich sind. Man geht davon aus, dass in einem Haushalt mit mehreren Personen jede zusätzlich zum Haushaltsvorstand hinzu kommende Person einen geringeren Bedarf hat, weil trotz weiterer Personen sich z.B. die Miete nicht erhöht.

³ Die »Armutrisikoquote« ist definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren »bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen« weniger als 60 Prozent des Mittelwertes (median) aller Personen beträgt. (S. 213)



hierzu sind aus dem Jahr 1998. Demnach ergibt sich eine Anzahl von 3,6 Mio. Personen, die einkommensreich sind.

Interessant ist auch die Einkommensgrenze, die das oberste 1 Prozent der Einkommensverteilung markiert: Sie betrug 1998 etwa 65.000 Euro. »Etwa 609.000 Personen verfügen über ein Einkommen, das darüber liegt« (S. 49). Die auf Schätzungen beruhende Prognose sagt aus, dass der seit 1995 feststellbare Trend des Zuwachses hoher Einkommen auch nach 1998 feststellbar ist (S. 51).

Bei der Bewertung des Reichtums muss man sehen, dass es sich hier um Minimalschätzungen und -daten handelt.

So arbeitet zum Beispiel die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, eine der wichtigsten empirischen Erhebungen in diesem Bereich, mit der freiwilligen Selbstauskunft und liefert keine Angaben für Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18.000 Euro und mehr.

Soziale Mobilität

Die soziale Lage verändert sich bei vielen Menschen im Laufe eines Lebens, jedoch beschränken sich gravierende Auf- oder Abstiege auf einen kleineren Teil der Bevölkerung: Etwa drei Viertel der Bevölkerung sind nie von Armut betroffen. Bei einem Drittel der Betroffenen ist die Armut nach bis zu einem Jahr überwunden. Eindeutig gewachsen ist das Problem der dauerhaften Armut (S. 48): Der Anteil dauerhaft Armer hat sich von 1998 bis 2003 von 6,8 Prozent auf 9,3 Prozent der Bevölkerung erhöht.

Im Bericht bemüht sich die Bundesregierung, ihre Erfolge in der Armutsbekämpfung herauszustellen: So hat die Altersarmut und das Armutsrisiko der Selbstständigen »entgegen dem allgemeinen Trend« abgenommen (S. 53). Der Rückgang des Armutsrisikos bei den Älteren ist auf die Einführung der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte zurückzuführen.

Ursachen von Armut

Zwei Faktoren bedingen das Armutsrisiko in besonderer Weise: keine oder geringe Erwerbstätigkeit und das Vorhandensein von Kindern. Arbeitslose und Alleinerziehende tragen demnach ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Besorgnis erregend. Durch die Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zum 1. April 2003 ist die Zahl der Minijobs noch einmal deutlich gestiegen: Im Juni 2004 betrug die Zahl der ausschließlich

geringfügig Beschäftigten 4,8 Mio. Im Armuts- und Reichtumsbericht wird das Ausüben von Minijobs als Nebenbeschäftigung vom Menschen charakterisiert, die aus unterschiedlichsten Gründen keine versicherungspflichtige Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung wollen. Der Anstieg der Minijobs ist aus Sicht der Bundesregierung ein arbeitsmarktpolitischer Erfolg. Hingegen sieht das DIW Berlin in dem gleichzeitigen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Hinweise auf massive Substitutionseffekte zwischen geringfügiger Beschäftigung und sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit⁴. Auch wenn die Höhe des Substitutionseffekts noch nicht durch empirische Studien belastbar beziffert werden kann, lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Minijobs und dem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung stark vermuten. Bestätigt und verstärkt sich dieser Zusammenhang, bedeutet dies eine Zunahme des Armutsrisikos für einen Teil der betroffenen Beschäftigten.

Verschuldung gestiegen

Ein weiteres Indiz für die Zunahme der Armut ist der Anstieg der Anzahl überschuldeter Haushalte. Überschuldung bedeutet, dass die Haushalte nicht mehr in der Lage sind, ihre Schulden zu bedienen. Die Anzahl der überschuldeten Haushalte hat sich seit 1989 mehr als verdoppelt.

Insgesamt weisen die hier dargestellten Indikatoren auf eine Verschiebung im sozialen Gefüge der Bundesrepublik hin. Dabei sind die Auswirkungen von »Hartz« noch nicht einmal enthalten. Die tatsächliche Armut und vor allem der tatsächliche Reichtum wird eher angedeutet als tatsächlich erfasst. »Der Bericht stößt vor allem an seine Grenzen, wenn es die Datenlage nicht hergibt, vor allem die oberen Einkommens- und Vermögenskategorien angemessen auszu-leuchten«⁵. Das Interesse, dieses Defizit durch entsprechende Forschungsanstrengungen oder gar gesetzliche Maßnahmen (Bankgeheimnis) zu beseitigen, ist jedoch nicht erkennbar.

Keine Umverteilungsspielräume?

Neben einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist zur Armutsbekämpfung auch eine offensive Umverteilungspolitik notwendig. Dass bei steigendem Nettovermögen ein Anstieg der Armut und des Reichtums festzustellen ist, zeigt, dass die Ungleichheit in Deutschland zunimmt. Der im Armuts- und Reichtumsbericht und an vielen anderen Stellen immer wieder vorgetragene Behauptung, dass aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums keine Verteilungsspielräume bestünden, muss eine klare Absage erteilt werden. Das gesamte Nettovermögen ist in Deutschland zwischen 1998 und 2003 um 17 Prozent gestiegen, von 4,2 auf 5 Billionen Euro.

In einem Zeitraum, in dem sich in Deutschland eine läh-

⁴ Jürgen Schupp, Elisabeth Birkner: Kleine Beschäftigungsverhältnisse: Kein Jobwunder, Wochenbericht des DIW Berlin 34/04.

⁵ PROKLA 139: Globale Ungleichheiten, Münster, Juni 2005, S. 167.

mende und Angst besetzte Stimmung durch das pausenlose Gerede von der Standortschwäche, von notwendigen Arbeitszeiterhöhungen, zu hohen Löhnen, der Unbezahlbarkeit des Sozialstaats usw. breit machte, konnte die reichste Bevölkerungsgruppe ihre Vermögens- und Einkommenssituation noch einmal steigern – und dies auf der Basis einer ohnehin schon krassen Vermögensungleichheit. Um dies noch einmal zu illustrieren: In Deutschland verfügt die arme Hälfte der Bevölkerung über etwas weniger als vier Prozent des Nettovermögens, während auf die vermögendsten zehn Prozent der Haushalte 47 % des Nettovermögens entfällt! Die Weigerung der Bundesregierung, eine Vermögens- und Erbschaftssteuer einzuführen, wird vor dem Hintergrund dieser Daten, milde gesagt, unverständlich.

Armutsbekämpfung durch »Hartz«?

Auch die im Armuts- und Reichtumsbericht geäußerte Aussicht, dass sich durch die vier »Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« die Lage der Arbeitslosen verbessert und insbesondere die Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe bessere Eingliederungschancen für Langzeitarbeitslose mit sich bringt, ist in der Realität nicht beobachtbar. Im Gegenteil ist insbesondere die zuletzt genannte Maßnahme der Integration von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (umgangssprachlich »Hartz IV«) selbst eine Quelle von Armut. Der Paritätische Wohlfahrtsverband stellt hierzu fest: »Fakt ist jedoch, dass bei der letz-

ten Festsetzung der Sozialhilfeshöhe im Frühjahr 2004 die statistischen Daten in manipulativer Weise klein gerechnet wurden, mit dem Ziel, Kosten zu senken. Die Folge: Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II sind aktuell um 19 Prozent zu niedrig bemessen, um einer bedarfsgerechten Ausgestaltung der Regelsätze tatsächlich gerecht zu werden. Durch intransparente Verfahren der administrativen Bearbeitung und der politischen Willensbildung und weitestgehend der Öffentlichkeit entzogen, wurde damit das letzte Netz sozialer Sicherung zum Spielball haushaltspolitischer Interessen gemacht. Dies geschah ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen der Betroffenen und insbesondere die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen«⁶.

Ein Umsteuern in der Steuer- und Sozialpolitik ist dringend notwendig, wenn die Armutsbekämpfung besser gelingen und die in den vergangenen Jahren gepflegte »Kultur der Solidarität« weiterhin Bestand in der Bundesrepublik haben soll. Es kann nicht sein, dass die Reichen immer mehr aus ihrer sozialen Verantwortung entlassen werden, während die Zumutungen und Zumutbarkeiten für die anderen Teile der Bevölkerung munter steigen.

⁶ Paritätischer Wohlfahrtsverband: Respekt statt Ignoranz – Teilhabe statt Ausgrenzung. Forderungen an Parteien und Politik zur Wahl 2005. Berlin 2005. www.whl.paritaet.org



von Dr. Ute Kratzmeier

Referentin für den Bereich allgemein bildende Schulen bei der GEW Baden-Württemberg

Einladung zur **Fachtagung »Begabung«**

am **10.12.2005** in **München**, Gewerkschaftshaus, von 10.30 Uhr bis ca. 16.30 Uhr

Um 10.30 Uhr treffen sich zu parallel stattfindendem Erfahrungsaustausch

- A) Kolleginnen und Kollegen in Schulleitungen an Grund-, Haupt- und Förderschulen:** TOPs: Neuregelung der Dienstlichen Beurteilung • Schulverwaltung u. Datenaustausch • Erfahrungen mit dem »Büchergeld« • Neue Aufgaben für SchulleiterInnen • weitere Zusammenarbeit der Gruppe • Rollenverständnis der SchulleiterInnen: VorgesetzteR und/oder KollegIn • GEW-interne Kommunikation und externe Kommunikation über OWA
- B) Kolleginnen und Kollegen aus Realschulen:** TOPs: RS-LehrerInnen in der GEW – ein Blick in die Statistik • Erfahrungen mit der R6 und neue Übertrittsregelungen • Personalratswahlen 2006 • Weitere Arbeit der Gruppe
- C) FörderlehrerInnen:** TOPs: Erfahrungsaustausch, Einsatz im neuen Schuljahr, Infos aus dem Forum FörderlehrerInnen in Bayern



anschließend **Öffentliche Fachtagung** mit folgendem Programm:

12.30 Uhr Film **Das Wissen vom Lernen**, der bemerkenswerte Verbindungen zwischen den neuesten Erkenntnissen der Hirnforschung und alten reformpädagogischen Strategien sichtbar macht.

13.30 Uhr Referat **Unterschiede als Herausforderung – Was steckt hinter dem Begabungsbegriff?**

von **Prof. Dr. Elsbeth Stern** vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin

Die Referentin setzt sich mit dem Zusammenhang von Intelligenz und Lernleistung auseinander sowie den Bedingungen, unter denen unterschiedliches geistiges Leistungspotential von SchülerInnen in seiner jeweiligen Spezifität optimal gefördert werden kann.

anschließend **Diskussion**

Was heißt Hartz IV konkret?

Erfahrungen aus der Beratungspraxis des Diakonischen Werkes Rosenheim

Das SGB II ist ein hastig und handwerklich schlecht gemachtes Gesetz, das in nicht wenigen Teilen nichts anderes als die Fortsetzung der »Hilfe zum Lebensunterhalt«, der alten Sozialhilfe, auf genau diesem Niveau darstellt.

Was sind die aktuellen Probleme der bei uns Rat Suchenden?

Antragsformulare, Antragsstellung

Der Antrag ist selbst für bürokratiefähige Menschen eine Herausforderung – studierte Synodale des evangelischen Dekanatsbezirks Rosenheim sind im Herbst 2004 bei einer Trockenübung daran gescheitert. Menschen, die schon länger Sozialhilfe bezogen, fiel es etwas »leichter«. Sie waren die »Transparenz schaffende« Ausfragerei schon gewöhnt.

Die Gruppeninformationsveranstaltungen der Bundesagentur für Arbeit haben zum Teil eher zu noch mehr Verwirrung als zur Klarheit beigetragen.

Die Beratung durch SachbearbeiterInnen erfolgte oft sehr knapp und in der Haltung eher abweisend, auch bedingt durch den eigenen Zeitaufwand bei der System-Umstellung.

Da die Umstellung auf Hartz IV im »Hauruck-Verfahren« durchgeführt wurde, kam es anfangs zu vielen Falschankünften. Auch nicht zulässige Forderungen wie z.B. die Kontoauszüge der letzten sechs Monate ungeschwärzt vorzulegen, wurden schon mal gestellt. Für die Berücksichtigung individueller Problematiken gab es erst mal keinen Platz mehr

Annahme von Anträgen

Eine massive Verschlechterung bedeutete es für Rat Suchende, dass – gerade auf dem Lande – eine Antragstellung nicht mehr über die Wohnortgemeinde möglich war, sondern alle Antragssteller aus dem Landkreis nach Rosenheim fahren müssen: Eine Fahrt z.B. hin und zurück nach Aschau kostet aber 12,40 Euro. Gilt Bürgernähe nur noch eingeschränkt?

Praxisbeispiel 1:

H.M., 52 Jahre, ledig, gelernter Maurer, ist seit fast dreißig Jahren aktiver Beitragszahler in die Sozialversicherung. Er wohnt in einer kleinen Einzimmerwohnung. Vor einigen Jahren schulte er in den Verkaufsbereich um. Seit ein paar Jahren kämpft er mit gesundheitlichen Problemen. Bis Anfang 2004 war er als Selbstständiger tätig, doch dann ging es nicht mehr: Er wurde krank. Er musste Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen.

Im November kreuzte H.M. im 16 Seiten umfassenden Grundantrag auf Arbeitslosengeld (ALG II) unter der Rubrik »erwerbsfähig« »Ja« an. Seit 1.1.2005 erhält er jetzt das ALG II.

Im Bescheid heißt es: 345 Euro Regelleistung plus 312 Euro Unterkunftskosten = 657 Euro.

Diesen Betrag bekommt H.M. von der ARGE überwiesen. Damit soll sein Existenzminimum als alleinstehende Person gesichert sein.

H.M. macht hierzu seine eigene Rechnung auf: Tatsächlich muss er jeden Monat 410 Euro Miete überweisen. EON will jeden Monat 40 Euro für Strom sehen. Die Telefonkosten betragen im Durchschnitt 35 Euro. Für das Kfz, das man jetzt ja haben darf, gehen monatlich 50 Euro weg. Noch gar nicht berücksichtigt sind hierbei Bewerbungskosten bei Arbeitgebern wie auch bei Vermietern; denn nach Auffassung der ARGE wohnt er in einer zu teuren Wohnung. Es bleiben zum Leben 122 Euro im Monat, also 4,07 Euro pro Tag.

H.M. persönliches Fazit: »Und davon soll man aber nicht nur leben, sondern auch noch etwas ansparen. Das ist für mich menschenverachtend. Ich bin in einem ständigen Überlebenskampf mit ungewissem Ausgang.«

Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung

Die einseitige Fixierung vieler ARGEN auf die so genannten 1-Euro-Jobs ist nicht nur kurzfristig, sondern widerspricht auch der Zielrichtung des SGB II. Denn dies schafft selbst keine Arbeitsplätze, sondern entwickelt sich zunehmend zu einer Art Verschiebehahnvor dem Hintergrund fehlender sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse – ja es besteht sogar die gravierende Gefahr, dass damit der Abbauprozess regulärer Beschäftigung in einigen Bereichen noch beschleunigt wird.

Eine Gesellschaft, die Erwerbsarbeit als eines der obersten Ziele postuliert und einfordert, aber nicht in der Lage ist, dieses Ziel auch umzusetzen, verliert ihre eigene Legitimation. Es muss möglich sein, im Rahmen eines Vollzeitverhältnisses ein Nettoeinkommen zu erzielen, das Existenzsichernd ist und oberhalb sozialer Transferleistungen liegt.

Ist das alles nicht möglich, und für viele Menschen ist das derzeit Realität, ist es Aufgabe des Gemeinwesens, für jeden Menschen eine materielle Existenzgrundlage jenseits des Erwerbseinkommens sicherzustellen.

Aufklärung über Leistungsansprüche

Die Bundesregierung hat viel allgemeines Informationsmaterial drucken lassen, aber das reicht nicht, schon gar nicht im Einzelfall. Aber eine für die Betroffenen »leistungsaktivierende Beratung« können wir nur in wenigen Einzelfällen feststellen. Eine Mehrheit der Rat Suchenden bekam überhaupt nur dann Auskünfte, wenn sie von sich aus gezielt nachgefragt hatte.

Ein besonders krasses Beispiel: Den TeilnehmerInnen an einer Gruppeninformationsveranstaltung der ARGE wurde, als sie nach der Möglichkeit fragten, gegen einen Bescheid Widerspruch einzulegen, geantwortet: »Bis zur Entscheidung über einen solchen erhalten Sie keine Leistungen.«

Bearbeitungszeiten

Der folgende Ablauf ist sicher nicht die Regel, aber eben auch kein Einzelfall: Antragstellung des allein Erziehenden R.A. 24.3.05 – Kontakt zu unserer Beratungsstelle 31.5.05 – Antrag beim Sozialgericht 2.6.05 – Ko-



pie des Erstbescheides selbst abgeholt 8.6.05 – Geld auf dem Konto am 10.6.05.

Begründung der ARGE: Überlastung (11 SachbearbeiterInnenstellen sind nicht besetzt) und die Tatsache, dass zwei verschiedene Adressen beim Antragsteller zur Vermutung geführt hätten, er habe zwei Eigentumswohnungen und sei damit nicht bedürftig.

Bearbeitungszeiten von drei Wochen und mehr sind nicht zumutbar. Wie sollen denn die laufenden Verpflichtungen für Miete, Strom, Gas erfüllt werden, wenn es keine Einnahmen gibt?!

Peinlich wird es, wenn die ARGE wegen zu hoher Unterkunftskosten zum Umzug auffordert, der Antragsteller daraufhin eine angemessene Wohnung weit außerhalb anmieten könnte, sogar den noch nicht unterschriebenen Mietvertrag vorlegt, aber die ARGE dann so lange zur Entscheidung braucht, dass die Wohnung anderweitig vergeben wurde. Trotzdem kürzt die ARGE ab dem siebten Leistungsmonat den Unterkunftszuschuss.

Bescheide

Bescheide sind nach wie vor oft fehlerhaft und erschließen sich nicht aus sich heraus. Begründungen fehlen. Die Hauptprobleme sind:

■ *Einordnung als Bedarfs-/Haushaltsgemeinschaft?*

Wann besteht eine eheähnliche Lebenspartnerschaft?

Wie in alten BSHG-Zeiten unterstellen viele SachbearbeiterInnen erstmal gerne diesen Tatbestand.

Die volle Anrechnung bedeutet bei geringem Einkommen des Partners, dass plötzlich beide an die Armutsgrenze rutschen. Viele Partnerschaften halten dem nicht stand, waren von Anfang an eher loser und unverbindlicher oder geraten darüber in die Krise. Oft war das Motiv für eine gemeinsame Wohnung, dass beide alles zusammenlegen, um zu zweit sparsamer leben zu können. Nun ist eine/r für alles komplett zuständig und sagt, »so war das aber nicht ausgemacht«.

Wir erleben in der Beratung immer wieder, wie das knappe Geld zum Trennungsgrund wird. Eine zunehmende Zahl von Single-Haushalten und ein wachsender Anteil allein Erziehender sind die Konsequenz. Erst langfristig wird sich zeigen, was solche Weichenstellungen für unsere Gesellschaft bedeuten.

■ *Was sind angemessene Unterkunftskosten?*

Gerade jetzt, in der ersten »Verlängerungsphase«, werden reihenweise Bescheide ausgesprochen, in denen sehr pauschal nur noch die aus Sicht der ARGE anerken- nungsfähigen Unterkunftskosten übernommen werden. Bei Differenzen zur bisherigen Leistung von bis zu 250

Praxisbeispiel II:

T., eine junge Frau, ist sehr früh Mutter geworden. Eine Ausbildung konnte sie deshalb nicht beginnen. Der Vater des Kindes lebte mit ihr bis letztes Jahr zusammen. Dann wurde sein gesamtes, eher geringes Einkommen angerechnet und er meinte, dafür sei er noch zu jung, so für Verantwortung und Geld für Frau und Kind ausgeben und verabschiedete sich. Unterhalt kann er nun mit einem zweiten Haushalt kaum aufbringen.

Ts. Eltern sind früh gestorben, Geschwister hat sie keine. Sie kennt hier niemanden. Aber sie will für sich und das Kind etwas aus ihrem Leben machen. Beginnt eine Ausbildung zur Altenpflegerin – leider verbunden mit Schichtdienst. Der kleine Verdienst (800 Euro) reicht nicht für eine flexible Kinderbetreuung, sie braucht mehr als einen Kindergartenplatz. Die Behörden streiten, ob und wer dafür aufkommen soll. Geld bekommt sie erst mal keines. Und niemand ist da, der sie unterstützen könnte, nicht nur mit Geld – mit Zeit, mit einem Auffangnetz von Beziehungen. Keine Oma, die mal auf die Kleine aufpassen kann, die einspringt, wenn die Mama später kommt. Keine Nachbarn, die ihre Tür öffnen und fragen. Armut ist nicht nur materiell.



Euro führt das zu erheblichen Problemen bis hin zum Wohnungsverlust. »Sie können ja da wohnen bleiben« hören die Betroffenen dann »Keiner zwingt sie zum Umzug, aber wir zahlen halt nur noch ... Den Rest müssen Sie von ihrer Regelleistung nehmen.« Auch wenn sie damit unter das Existenzminimum fallen? Warum wird hier nicht einzelfallbezogen entschieden, eine Toleranzgrenze von bis zu 10 % eingeführt?

■ *Wie hoch dürfen Heizungskosten sein?*

Die ARGE Stadt Rosenheim gesteht eine Heizungskostenpauschale zu. Die Pauschalierung gilt aber nur, wenn die Heizkosten über der Pauschale liegen. Sie wird aufgehoben, wenn die Pauschale höher als die tatsächlichen Heizkosten ist.

■ *Wie hoch ist das Einkommen?*

Einkommensbereinigungen werden teilweise nicht vorgenommen bzw. es erfolgt eine falsche Anrechnung von Einkommen. Zuschläge werden nicht berechnet oder Einkommen wird fiktiv angerechnet. Es kam auch vor, dass gerade bei der Berechnung von Teilmonaten bei der Bedarfsermittlung die Bedarfe auf den Tag genau, beim Einkommen aber monatsweise gerechnet wurden.

Bewerbungen

»Drei Bewerbungen pro Woche sind zumutbar«, schreibt das Landratsamt Rosenheim. Was aber bringt es, wenn sich 100 Menschen für die gleiche Stelle bewerben?

Fordern statt fördern

Gerade im materiellen Leistungsbereich können wir bisher nur das Fordern erkennen, das sich als Mitwirkungspflicht darstellt. Förder- und gar Eingliederungsmaßnahmen beschränken sich bisher – mit Ausnahme der »1-Euro-Jobs« – auf Ausnahmen und Einzelfälle. Fallmanagement im Sinne von »ein Hilfenetz knüpfen« lässt sich bisher (noch) nicht erkennen. Da die Personaldecke der ARGEN viel zu dünn ist, kann die wachsende Anzahl der AntragstellerInnen bisher nur verwaltet werden. Es gibt immer noch SachbearbeiterInnen, die trotz ihres eigenen Drucks gute Arbeit machen wollen, die engagiert sind, aber unter den herrschenden Vorgaben an den eigenen Rahmenbedingungen scheitern.

KFZ-Unterhalt

Ein angemessenes KFZ pro erwachsenem/er LeistungsbezieherIn ist vermögensrechtlich geschützt. Welch ein Fort-

schritt, wenn man gerade mal 18 Euro in der Regelleistung zum laufenden Betrieb desselben vorgesehen hat.

Lebensmittelgutscheine ohne Einlösemöglichkeit

Die ARGE Stadt Rosenheim hat in Einzelfällen Lebensmittelgutscheine ausgegeben, diese waren aber vor Ort überhaupt nicht einlösbar. Die Geschäfte weigerten sich, die Gutscheine anzunehmen.

Pauschalierungsdichte

Die hohe Pauschalierungsdichte der Regelleistung in Verbindung mit anderen Leistungsveränderungen wie z.B. der Ausgliederung von Leistungen der Krankenkassen führt u.a. dazu, dass immer weniger chronisch Kranke oder Menschen mit erhöhtem Medikamentenbedarf für ihre Gesundheit sorgen. »Entweder ich zahle 10 Euro Praxisgebühr und noch mal 10 Euro Eigenanteil für meine Antidepressiva oder aber ich lebe davon zwei Tage«, so eine Betroffene.

Durch die Pauschalierung fallen außerdem Leistungen wie z.B. Weihnachtsbeihilfe, Übernahme der Kosten für empfängnisverhütende Mittel oder Einschulungsbeihilfen komplett weg. Das SGB II lässt zu wenig Spielraum für im Einzelfall abweichende Lösungen.

Nach unseren Recherchen geben ca. 90 % der LeistungsbezieherInnen die volle Regelleistung zum Leben aus, nur ca. 10 % versuchen, die rund 50 Euro pro Monat zu sparen.

So ist zwar ein kärgliches Leben möglich, nur darf buchstäblich nichts dazwischen kommen.

Weitere Ver- und Überschuldungskarrieren sind programmiert, Altersarmut, derzeit statistisch nur eine Randerscheinung, wird in absehbarer Zeit wieder erheblich zunehmen.



Praxisbeispiel III:

Die allein Erziehende L.H., 30 Wochenstunden in Wechselschicht bei einem Discounter tätig, erhielt bis 31.12.04 ergänzende Sozialhilfe – die Angemessenheit der Unterkunftskosten stand nicht in Frage. Seit 1.1.05 erhält sie nun ergänzendes ALG II – der erste Bescheid vom Januar 05 war datiert bis zum 30.9.05. Im April kommt ein neuer Bescheid, der den ersten ersetzen soll. Darin ist u. a. vermerkt, dass die Unterkunftskosten zu hoch seien. Der Bescheid vom Januar werde durch diesen neuen ersetzt. Eine angebliche Überzahlung sei zurückzuerstatten.

Regelleistung

Die Höhe der Regelleistung ist nicht bedarfsdeckend und die Zusammensetzung relativ willkürlich gewählt. Nach Berechnungen z.B. des Paritätischen liegt bereits heute die Eckregelleistung um rund 67 Euro unter dem Bedarf.

Der Gesetzgeber stellt sich den Verbrauch der Regelleistung (345 Euro für Alleinstehende) wie folgt vor:

Nahrung, Getränke, Tabak	132,71 Euro
Bekleidung, Schuhe	34,13 Euro

Strom, Gas	26,87 Euro
Haushaltsgeräte, Möbel	27,77 Euro
Gesundheit	13,21 Euro
Verkehrsmittel	19,20 Euro
Telefon, Post	22,38 Euro
Freizeit, Kultur	38,71 Euro
Gaststätten	10,33 Euro
Sonstiges	20,19 Euro

Rechnet man aus dem Gesamtbetrag von 345 Euro die Posten für langlebige Wirtschaftsgüter wie Bekleidung und Schuhe, Haushaltsgeräte und Möbel – das soll man ja eigentlich für den jeweiligen Bedarfsfall »ansparen« – sowie die laufenden Kosten für Strom und Gas heraus, so verbleiben 256,73 Euro im Monat, pro Tag also 8,56 Euro. Dieser Betrag soll für Frühstück, Mittagessen, Abendessen, die Zahnpasta, eine Zeitung, die Fahrt zum nächsten Discounter, eine Eintrittskarte ins Kino oder auch den Besuch in einer Gaststätte reichen?! Und was tun, wenn die Brille kaputt geht?



Eigenverantwortung?

Unser Beratungsalltag seit Hartz IV umfasst immer mehr existenzsichernde Beratung, d. h. wir klären die Situation, prüfen Ansprüche, helfen bei Beantragungen und versuchen zu vermitteln. Oft braucht es dringende Interventionen, wenn beispielsweise der Strom abgestellt werden soll, egal ob da ein Säugling mit in der Familie ist oder ein Pflegefall im strombetriebenen Pflegebett versorgt werden muss.

Welches *Menschenbild* impliziert die erwartete Umsetzung des SGB II, welches Verhältnis der BürgerInnen zum Staat? Wirklich das der eigenverantwortlichen BürgerInnen? Welche Rechte und Pflichten haben sie, welche die jeweils handelnde staatliche Institution, wie sind die Gewichte vermeintlich und tatsächlich verteilt? Sehr einseitig, so unsere Erfahrung, die Einzelnen stehen mit dem Bedürfnis ihrer Existenzsicherung einer mit vielen Köpfen bestückten Fachbehörde häufig hilflos gegenüber.

von Helmut Türk-Berkhan

Diplom-Sozialpädagoge (FH)
Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit
im Diakonischen Werk Rosenheim



Beim Diakonischen Werk Rosenheim, Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit, Klepperstr. 18/1, 83026 Rosenheim gibt es gegen Einsendung eines mit 1,44 Euro freigemachten DIN A 5-Umschlages kostenfrei die Broschüre »Arbeitslosengeld II – Was müssen Sie wissen? Ihre Rechte – Ihre Pflichten«

Eine wichtige und interessante Website, die Hartz IV von Seiten der Betroffenen her denkt, ist: www.tacheles-sozialhilfe.de

Im ständigen Konflikt mit sich selbst

Sparmaßnahmen beim Allgemeinen Sozialdienst (ASD) der Stadt Nürnberg

Die Sparmaßnahmen bei der Bezirkssozialarbeit, d.h. dem Allgemeinen Sozialdienst (ASD) der Stadt Nürnberg in den letzten 10 Jahren hatten sehr negative Auswirkungen auf die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen und demzufolge auch auf die betroffenen KlientInnen.

In Nürnberg mussten aufgrund von Sparrunden des Stadtrats ca. 10 % der Stellen eingespart werden.

Sicher wurden parallel zu den Stellenkürzungen Aufgaben des Allgemeinen Sozialdienstes gestrichen bzw. an freie Träger delegiert. Gleichzeitig aber fand eine Arbeitsvermehrung statt, weil sich die Problemlagen in den betreuten Familien mehr und mehr verdichteten.

Mehr Beratungsbedarf ...

Die zunehmende Armutproblematik seit 1.1.2005 durch Hartz IV führte dazu, dass sich die Zahl der Rat Suchenden beim ASD erheblich erhöhte, obwohl hier in Nürnberg die finanzielle Beratung eigentlich an die ARGE übergeben werden sollte. Zu diesem Zweck waren ja Stellen vom ASD an die ARGE abgegeben worden.

Eine der Ursachen für die zunehmende Armut ist, dass besondere, einmalige Leistungen, die bisherige SozialhilfebezieherInnen im Bedarfsfall beantragen konnten, bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Erstausrüstung für die Wohnung nach § 23 SGB II) im Gesetz nicht mehr vorgesehen sind. Weihnachtsbeihilfe, Bekleidungsbeihilfe u.a. wurden ersatzlos gestrichen. Das hat zur Folge, dass besondere Anschaffungen wie z.B. eine neue Waschmaschine auf Raten gekauft werden müssen. Das wiederum führt zu einer weiteren Verschuldung. Manche Familien sind wegen Ratenzahlungen beim Energieversorger oder/und beim Vermieter mit dem verbleibenden Einkommen unter das Existenzminimum gerutscht.

In Zukunft müssen wir damit rechnen, dass wieder Kinder ohne Winterschuhe und Schulmaterial zur Schule gehen werden.

Auch die zahlenmäßige Zunahme der Bürgerinnen und Bürger, die wir an den Tafeln und Brotausgaben registrieren, ist ein zusätzlicher Hinweis auf die Verarmung weiterer Bevölkerungsschichten.

... aber die Ressourcen reichen nicht

Die psychische Belastung unserer KollegInnen steigt, da der eigene Anspruch an eine qualifizierte Arbeit immer präsent ist. Der Druck der KlientInnen und der sozialen Netzwerke, wie Schule, Hort etc., drängt immer mehr nach Mitarbeit des ASD. Daraus folgt, dass die Forderung nach Beratungsangeboten ständig zunimmt.

Wegen der Vielseitigkeit des Arbeitsgebietes beim ASD

wähle ich drei Beispiele aus, an denen die Auswirkungen der Sparmaßnahmen deutlich werden.

- Die Maßnahmen zur Realisierung von Sparvorgaben bei den erzieherischen Hilfen erfordern präzise Überprüfungen über die Notwendigkeit der Hilfe (§§ 27 ff SGB VIII). Kostendämpfung soll durch Vermeidung, Verkürzung oder Veränderung von Hilfen (z.B. Umwandlung von stationären in teilstationäre Hilfen) erreicht werden. Dies erfordert ein stringentes Fallmanagement, das wiederum Zeit kostet, die bei der direkten Arbeit mit den KlientInnen fehlt.
- Immer häufiger fragen LehrerInnen bei den KollegInnen des ASD wegen Verhaltensauffälligkeiten ihrer SchülerInnen um Unterstützung an. Viele sind verständlicherweise wegen der großen Klassen, aber auch wegen der Zunahme der Zahl schwieriger Kinder überfordert. Sie vermuten Probleme im häuslichen Bereich und wünschen sich die Unterstützung der ASD-KollegInnen. Auch hier können wegen der immensen Arbeitsüberlastung nur die dringendsten Anfragen in kollegialer Zusammenarbeit übernommen werden. Häufig wäre präventive Beratung angebracht und auf längere Sicht möglicherweise auch ausreichend. Aber aufgrund der knappen Personaldecke ist sie kaum zu leisten.
- Auch in anderen Bereichen musste die regelmäßige, präventive Beratung reduziert oder ganz aufgegeben werden. Besonders in der Altenhilfe ist die Beratung zurückgegangen. Sicher nicht, weil es weniger alte Menschen gibt. Dabei sind sehr viele alte Menschen darauf angewiesen, dass man ihnen bei der Vermittlung von altersgerechten Diensten, finanziellen Leistungen etc. zur Seite steht.

Im Bereich der Erziehungs- und Familienberatung ist diese Entwicklung besonders schmerzlich. Wir werden die Auswirkungen erst zu einem späteren Zeitpunkt merken.

Eine veränderte Prioritätensetzung bei den Arbeitskapazitäten mit Blickpunkt auf Prävention wäre wünschenswert.

Wir SozialarbeiterInnen sind im ständigen Konflikt mit uns selbst, weil wir qualitative Arbeit leisten möchten, dies aber aufgrund der knappen Personalressourcen nicht im nötigen Ausmaß bewerkstelligen können.

von Gerda Steinkirchner

Diplom-Sozialpädagogin
ASD/Stadt Nürnberg



Familien in prekären Lebenslagen

Der Übergang von relativem Wohlstand zu Armut geht in der Regel nicht sprunghaft vonstatten, sondern in Zwischenstufen, die als armutsnahe oder prekäre Lebenslagen bezeichnet werden. Die Hauptursache für eine schrittweise Veränderung der Lebenslage ist in den meisten Fällen eine Verschlechterung der Erwerbssituation. Um den bisher wenig wahrgenommenen Zwischenbereich zwischen Armut und relativem Wohlstand zu beleuchten, hat das Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend das Forschungsprojekt »Familien in prekären Lebenslagen« finanziert.



Wir sprachen mit Dr. Walter Bien vom Deutschen Jugendinstitut (DJI), der die Untersuchung durchführte¹. Er ist Sozialpsychologe mit dem Arbeitsschwerpunkt Social Monitoring zu Familien, Jugend und Kindheit. Kontakt: bien@dji.de

DDS: Was es heißt, Sozialhilfe zu beziehen, ist den meisten Menschen ein Begriff. Was aber bedeutet es, wenn Familien sich in »prekärer Lebenslage« befinden?

Dr. Walter Bien: Absolute Armut, relative Armut, Armuts-grenzen, arm sein, sich arm fühlen – all diese Annäherungen beschreiben nur Aspekte des Phänomens. Der Bereich der »bekämpften Armut« ist gut definiert, wer Unterstützung bezieht und wer nicht, ist klar trennbar.

Familien in prekären Lebenslagen sind schwerer zu beschreiben, hierunter fallen z.B. alle, deren Einkommen unter der Sozialhilfe liegt, die aber trotzdem keinen Anspruch auf Unterstützung haben oder aus anderen Gründen auf die Inanspruchnahme von Hilfen verzichten. Hierzu gehören auch Familien, die zwar noch über genügend Mittel verfügen, um nicht als arm zu gelten, die aber bereits durch eine geringe zusätzliche Belastung in die Armut geraten können. Prekäre Lebenslagen sind nicht so deutlich sichtbar, aber das Wissen um die unterschiedlichen Lebenslagen in armutsnahen Situationen kann helfen, Prävention und Intervention angemessener und gezielter anzubieten und damit mehr Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben außerhalb bekämpfter Armut zu erlauben und als Nebeneffekt letztendlich auch Kosten zu sparen.

DDS: Lässt Ihre Studie Aussagen darüber zu, wie hoch der Anteil solcher Familien ist?

Dr. Walter Bien: Zum Zeitpunkt unserer Untersuchung lebten etwa 37 % der Familien mit minderjährigen Kindern in einer prekären Lage, d.h. 37 % zusätzlich zu den 4,6 %, die Sozialhilfe bezogen.

Es handelt sich also um das Drittel der Bevölkerung mit den wenigsten Ressourcen. Doch die weitaus meisten Men-

schen in prekären Lebenslagen sind weder arm, noch fühlen sie sich arm, noch bedürfen sie einer Hilfe. Sie sind aber in einer Situation, die mehr Geschick im Umgang mit den Gefährdungen des Lebens erfordert, weil Probleme wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Zerbrechen der Partnerschaft schwerer aufzufangen sind als in den besser gestellten Schichten der Bevölkerung.

Wenn man die Entwicklung der letzten Jahrzehnte berücksichtigt, sieht man eine Verschiebung der Zusammensetzung: Es sind weniger ältere Menschen in dieser Bevölkerungsgruppe, weniger Deutsche im mittleren Lebensalter, die in Partnerschaften leben, aber dafür mehr Familien mit kleinen Kindern, mit mehreren Kindern und Familien mit Migrationshintergrund. Allein Erziehende sind nicht überdurchschnittlich im Bereich prekärer Situationen zu finden, machen aber den Großteil der Familien in bekämpfter Armut, also der Hilfeempfänger aus.

DDS: Ihr Forschungsprojekt geht davon aus, dass eine rein am Einkommen orientierte Definition von Armut oder armutsnaher Situation von Familien vernachlässigt, dass bei der Alltagsbewältigung verschiedenste Ressourcen genutzt werden, die mit dazu beitragen, ob eine Familie in eine akute Notlage gerät. Welche Ressourcen sind das?

Dr. Walter Bien: Solche Ressourcen können sein: humane Ressourcen der einzelnen Familienmitglieder wie Bildung, Fertigkeiten und Fähigkeiten, Persönlichkeitsmerkmale, soziale Ressourcen wie der Familienverband, soziale Netzwerke, Beziehungen, private, öffentliche und marktbezogene Infrastruktur sowie materielle Ressourcen, also Einkünfte, Geld-, Sach- und Sozialvermögen, aber auch die Einbettung in die Umgebung, also das regionale Preisniveau, eigenes Einkommen in Relation zur Kaufkraftkennziffer der Region oder das Anspruchsniveau der Nachbarschaft.

DDS: Ein Ergebnis der Untersuchung ist, dass bekämpfte Armut, also Sozialhilfebezug, in den Städten höher ist; prekäre Lebenslagen, die noch mit Hilfe der eigenen Möglichkeiten beherrschbar sind, findet man eher auf dem Land und in den kleinen Städten. Was leiten Sie daraus ab?

Dr. Walter Bien: Die häufigste Ursache für die gefundenen Unterschiede stellen die regionalen Differenzen auf dem Arbeitsmarkt dar.

Ein weiterer Faktor ist der Anteil der festen Kosten, z.B. Mieten, am Gesamtaufwand einer Familie.

Davon abgesehen ist die Mobilität in den großen Städten höher als auf dem Land und in den kleinen Städten. Gerade die nicht einkommensabhängigen Ressourcen, und hier vor allem soziale Netzwerke wie etwa ein stabiler Familien- oder Freundeskreis, sind aber sehr oft das Ergebnis lang laufender Kontakte und Investitionen in soziale Netze. Hieraus kann man ableiten, dass die Stützung durch Selbsthilfemöglichkeiten, wie sie auf dem Land und in kleineren

¹ Die Untersuchung wurde im Zeitraum November 2000 – März 2002 durchgeführt. Sie beschreibt daher die Zeit vor der Jahrtausendwende und der Euro-Einführung. Datengrundlage waren der Familiensurvey des Jahres 2000 und eine daran anschließende Zusatzerhebung für dieses Projekt. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden in Band 12 der Reihe DJI-Familien-survey im Verlag Leske und Budrich veröffentlicht.

Städten möglich sind, helfen kann, Familien aus dem Bereich der bekämpften Armut herauszuhalten.

DDS: Was genau sind das für Selbsthilfemöglichkeiten?

Dr. Walter Bien: Dazu gehört die Nutzung des Angebots von geringen Mieten im ländlichen Bereich, der Aufbau von Wohneigentum, eventuell ein eigener Garten und eine kleine Werkstatt, gewachsene, soziale, insbesondere familiäre Unterstützungsnetzwerke. Wenn die Möglichkeiten nicht mehr für die Regel- und Standardlösungen reichen, gibt es auch in unserer Gesellschaft eine Vielzahl von Möglichkeiten, andere Wege zu gehen: sich von Verwandten und Nachbarn helfen zu lassen statt bezahlte Aufträge zu erteilen, bei den Eltern mitessen, Sachunterstützungen aus dem sozialen Netzwerk annehmen, wechselseitige Hilfen austauschen und anderes mehr. Sehr eng gesehen ist man damit in einem Graubereich von nicht besteuertem Leistungsaustausch, von nicht angegebenem (Sachmittel-) Einkommen, Schwarzarbeit usw. Mit dem Wissen um Möglichkeiten des »Unterlebens« von Gesellschaft, mit der Nutzung von Sonderangeboten, von besonderen Gelegenheiten oder vorhandenen Freiräumen können insbesondere kürzere Engpässe überwunden werden. Subsidiäre Lösungen in privaten Netzwerken sollten daher insbesondere in kurzfristigen Notsituationen von der Gesellschaft nicht nur geduldet, sondern, wegen des volkswirtschaftlichen Nutzens durch Entlastung der öffentlichen Unterstützung, gefördert werden, z.B. durch Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement bei Hilfen im Verwandten-, Freundes- und Nachbarschaftskreis, wenn hierdurch sonst notwendig werdende, öffentliche Unterstützung eingespart wird.

DDS: Welche sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen können Sie sich vorstellen, um die Entwicklung solcher Ressourcen und daraus resultierenden Selbsthilfemöglichkeiten zu befördern?

Dr. Walter Bien: Bei absoluter Armut sind materielle Hilfen notwendig, wer keine Wohnung hat, braucht eine Wohnung. Bei relativer Armut findet viel im Bereich von Zuschreibungsprozessen statt, bei gleicher objektiver Situation tun sich diejenigen wesentlich schwerer, die aus besseren Verhältnissen in diese Situation abgestiegen sind, als diejenigen, die aus noch schlechteren Verhältnissen aufgestiegen sind. Der Abstieg ist sehr oft Folge von Problemlagen und der Kumulation von Problemlagen. Arbeitslosigkeit oder Krankheit mit daraus folgenden Partnerproblemen und eventuellen Trennungen führen zum Abstieg, nicht unbedingt die Arbeitslosigkeit oder die Krankheit allein. Eine realistische Einschätzung der eigenen Situation und der Möglichkeiten und eine Anpassung der Ansprüche an die Situation, die von allen Beteiligten, d.h. von allen Familienmitgliedern getragen wird, öffnet einen viel größeren Handlungsspielraum als das verzweifelte Klammern an einen vergangenen Status quo.

Auch wenn es schwer zu realisieren ist, Prävention ist besser als Intervention. Leben lernen ist wichtiger als abstrakter Wissenserwerb. Soziale Kompetenz, der Aufbau von

sozialen Netzwerken, sollte angeregt und nicht abgeblockt werden. Es ist kontraproduktiv, Cliques als »Jugendbanden« und als Bedrohung, Nachbarschaftshilfe als Schwarzarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit als vernachlässigbares Privatvergnügen, und Investitionen in Freundschaften als Zeitverschwendung zu betrachten.



Foto: Robert Michel

DDS: Nehmen wir das Beispiel Jugendbanden. Sie betonen deren Bedeutung für die Entwicklung von sozialer Kompetenz. Bandenbildung kann aber auch eine Reaktion auf Verarmungsprozesse sein. In ihr können sich das wahrscheinlich ganz normale Cliquesverhalten und das Bedürfnis nach einem Freundeskreis verschränken mit dem Mangel und den Defiziten, die aus Armut resultieren und behoben werden wollen. Wie können sozialpolitische Maßnahmen aussehen, die diese Bedürfnisse aufgreifen und in eine gesellschaftlich sinnvolle Richtung lenken?

Dr. Walter Bien: Problemgruppen haben dann einen hohen Zulauf, wenn sie für die Jugendlichen die einzige Chance auf einen angemessenen Platz in einer sozialen Rangordnung darstellen. Wer in der Gesellschaft keine Aufstiegsmöglichkeiten für sich sieht, wird die Gesellschaft »unterleben«, d.h. seinen Platz in einer Subkultur außerhalb der Gesellschaft suchen. Eine auf die Zukunft ausgerichtete Gesellschaft kann sich nicht erlauben, Teile der Jugend und damit Teile des dringend notwendigen Humankapitals auszugrenzen. Es geht nicht darum, als »überflüssig« wahrgenommene junge Menschen aus Problemregionen oder »sozialen Brennpunkten« mit Bildungsdefiziten oder mit Migrationshintergrund ruhig zu stellen, damit der Mainstream nicht gestört wird, sondern darum, das Potential dieser Personen für die Gesellschaft verfügbar zu machen, nicht nur aus sozialen Gründen, sondern aus ganz egoistischen, den internationalen Wettbewerb betreffenden Gründen.

Bieten wir jungen Menschen eine Chance im Bildungssystem und auf dem Erwerbsarbeitsmarkt oder sanieren wir das Rentensystem, indem wir mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit den Erwerbsmarkt für die Jungen dicht machen? Dies ist die Art der Fragen, die mehr Auswirkung auf die Integration von Problemjugendlichen haben wird, als die Optimierung des Einsatzes von StreetworkerInnen in Modellprojekten.

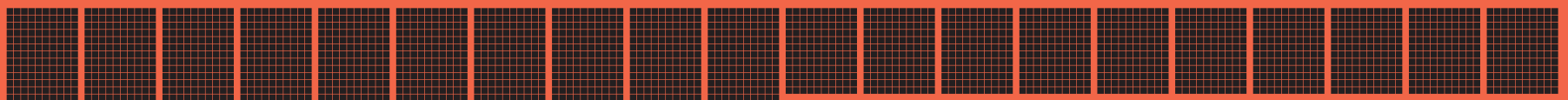
Das Gespräch führte Ute Schmitt

Kleine Übung zur Förderung sinnlicher Erkenntnis

Ungefähres Einkommen (brutto) pro Stunde in Euro:

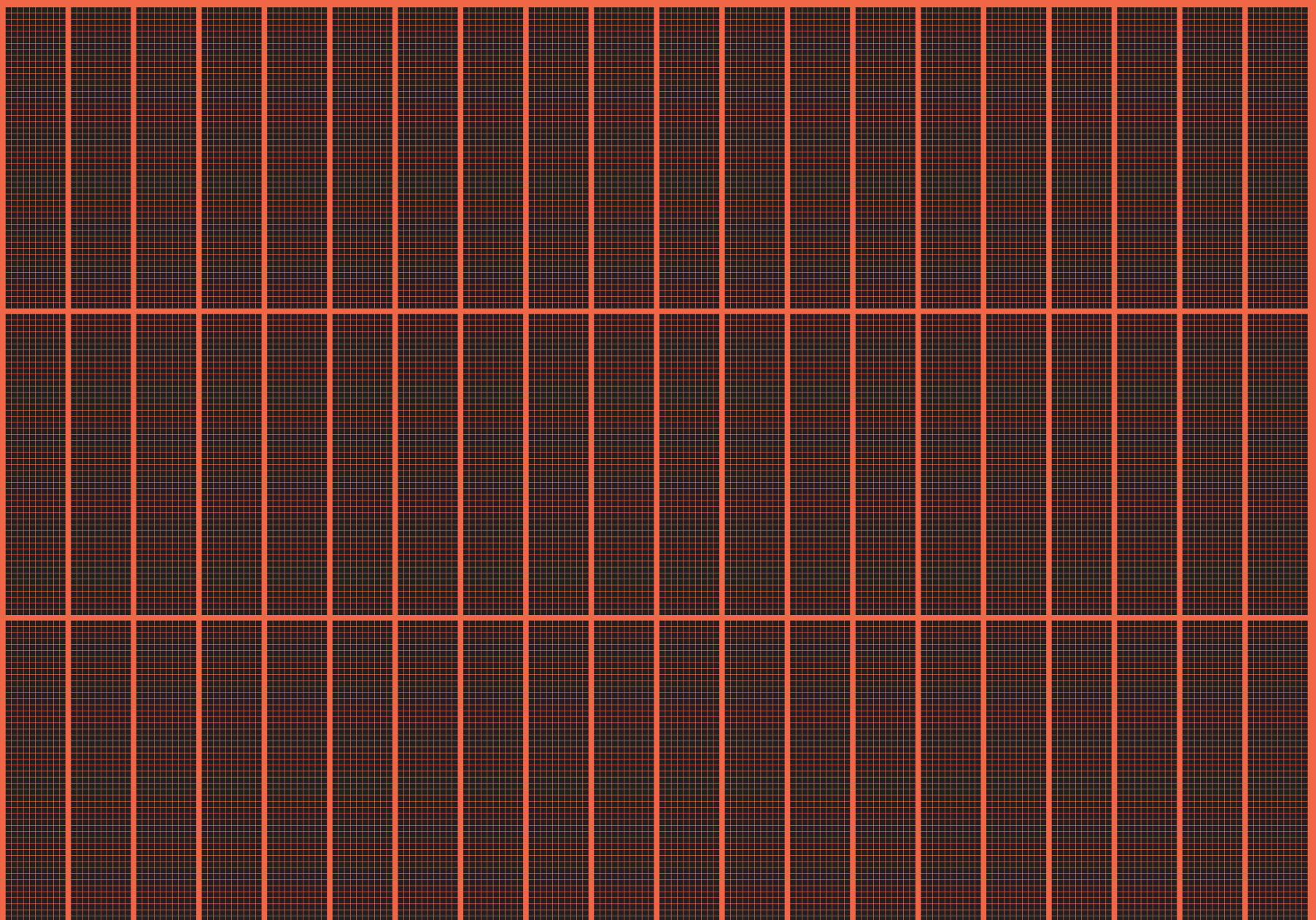
SozialgeldempfängerIn:	5,00	.
RaumpflegerIn:	10,00	-
SchulleiterIn:	40,00	----
OberbürgermeisterIn:	80,00	-----
BundeskanzlerIn:	260,00	-----
VorstandsvorsitzendeR:	1.600,00	=====
Thurn&Taxis-ErbIn:	25.000,00	

Vermögen ca. 1,2 Mrd.



Karl Albrecht, ALDI Süd: 300.000,00

Vermögen ca. 15 Mrd.



Entwurf nach einer Idee von Dr. Fritz Reheis
Annahmen: 8 Stunden täglich, 5 Tage wöchentlich, 48 Wochen jährlich Arbeit bzw. Verzinsung mit 4 Prozent.
Quellen: manager magazin spezial Oktober 2004 »Die 300 reichsten Deutschen«, eigene Berechnungen

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern

V.i.S.d.P.: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München



Was heißt Kinderarmut in einem reichen Land?

Armut ist zu einer allgegenwärtigen Realität in der sozialpädagogischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen geworden.

Die Armut von Kindern in Deutschland wächst stetig. Die jeweiligen Armutsberichte weisen darauf hin, dass immer mehr Kinder schon in frühen Lebensjahren mit den Auswirkungen von Armutsverhältnissen konfrontiert und somit in ihrer Entwicklung mehr und mehr eingeschränkt werden.

»Als Ursachen für Armut werden in Deutschland vor allem Arbeitslosigkeit, allein erziehend, Kinderreichtum und Migration genannt.

Die Entwicklung und die Zukunftschancen von Armen im Vergleich zu Nichtarmen lassen sich anhand der vier zentralen Lebensbereiche eines Kindes empirisch vergleichen und bewerten:

- die materielle Versorgung bzw. Grundversorgung eines Kindes (Wohnen, Nahrung, Kleidung, Partizipationsmöglichkeiten);
- die Versorgung im kulturellen Bereich (z.B. kognitive Entwicklung, sprachliche und kulturelle Kompetenzen, Bildung);
- die Situation im sozialen Bereich z.B. soziale Kontakte, soziale Kompetenzen und
- die Situation im psychischen und physischen Bereich z.B. Gesundheitszustand, körperliche Entwicklung.«¹

Nach außen wird Armut nicht immer deutlich

Familien, die an der Armutsgrenze leben, legen, so lange es Ihnen noch möglich ist, besonderen Wert darauf, dass ihre Kinder gut gekleidet sind und mit den anderen Kindern mithalten können, was Spielzeug, Sport und Freizeit betrifft. So entsteht leicht der Eindruck, dass es diese »armen« Kinder bei uns gar nicht gibt. Wird uns aber ein Blick hinter die Fassade gewährt, erfahren wir, dass es nur spärlich zu essen gibt und Familien in Zweizimmerwohnungen leben, in denen das Mobiliar notdürftig mit Nägeln zusammengehalten wird. Die Schulden steigen langsam aber stetig, die Waschmaschine ist kaputt gegangen und, und, und ...

Bei anderen Kindern dringen die ärmlichen Verhältnisse bereits offensichtlich nach außen. Kinder tragen schmutzige Kleidung, sind auf der Straße unterwegs, haben nicht die notwendigen Schulsachen, können an Ausflügen nicht teilnehmen und geraten in einen Negativkreislauf aus materieller und emotionaler Unterversorgung einhergehend mit

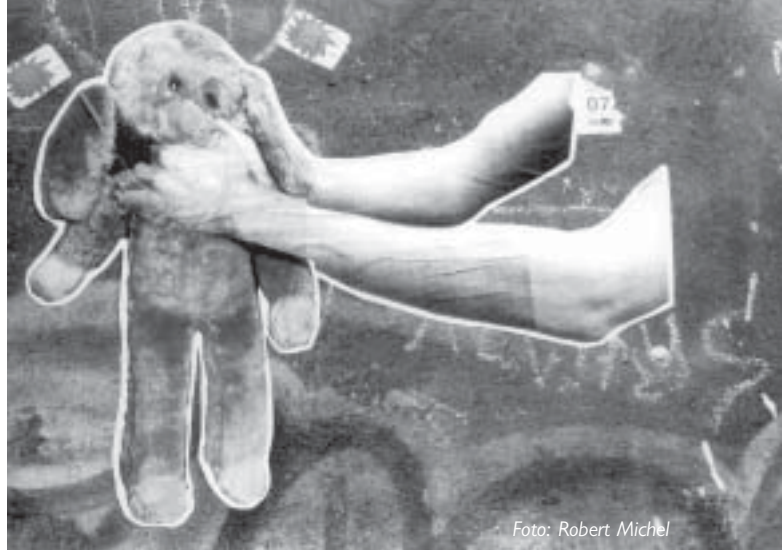


Foto: Robert Michel

dem Abbau von Selbstwert und persönlichen Zukunftsperspektiven.

Zugang zu Bildung

Armut von Kindern und Jugendlichen zeigt sich nicht nur im materiellen Bereich, sondern insbesondere dort, wo ihnen der für uns selbstverständliche Zugang zu Bildung, Förderung und Lebensqualität mangels entsprechenden finanziellen Möglichkeiten verwehrt bleibt z.B. die dringend benötigte Nachhilfe, der Musikunterricht, der Sportvereinsbeitrag, der Zirkusbesuch. Sie wachsen in einem angespannten Alltag auf, der von der Existenzsicherung der Eltern geprägt ist. Es bleibt kaum mehr Raum für die kindlichen Bedürfnisse nach Sicherheit, Geborgenheit und Schutz.

Die Folge ist, wie PISA und andere Studien längst gezeigt haben, dass Kinderarmut langfristig mit niedrigem Bildungsniveau, sozialer Benachteiligung und hoher Krankheitsanfälligkeit (psychisch und physisch) einhergeht. Schon im Kindesalter werden die Grundsteine gelegt und prägen bereits im Jugendlichenalter die Lebenssituation der jungen Menschen.

Armut macht krank

»Einer Studie der Universität Marburg zu Armutslebensläufen in Deutschland ist zu entnehmen, dass es sich beim Zusammenhang von Armut und Krankheit nicht um eine einseitige Beziehung, sondern um einen Teufelskreis handelt. ... Eine wichtige Rolle spielen hier insbesondere Infektionskrankheiten, Bronchialasthma, Zahnkrankheiten sowie alle Arten von Kopf- und Rückenschmerzen. In Armut lebende und schlecht integrierte Kinder zeigen ein geringes Wohlbefinden, weniger Selbstvertrauen, Hilflosigkeit und psychosomatische Beschwerden.« (Werner Albrecht »Kinderarmut macht körperlich und seelisch krank«, World Socialist Web Site).

von Martina Donner

Pädagogische Leiterin des Jugendhilfeprojektes
Artists for Kids in München
Abdruck (gekürzt) aus dem Jahresbericht 2004
mit freundlicher Genehmigung der Autorin und von
Artists for Kids



¹ Gerda Holz, »Kinderarmut verschärft Bildungsmisere« in: Politik und Zeitgeschichte, B. 21-22/2003.

Des Ministers letzte Schlacht

»Biologen verwenden für ›Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‹, übereinstimmend die Bezeichnung ›Parasiten‹.«.

Dieses Zitat stammt nicht aus der Biologie-Arbeit eines 13-jährigen Schülers. Es findet sich in einem »Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005«, herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im August dieses Jahres. Dieser besteht aus einer Aneinanderreihung von Beispielen ungerechtfertigten Bezugs von Alg II. Er schmückt sich mit dem Titel »Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ›Abzocke‹ und Selbstbedienung im Sozialstaat« und einem Vorwort des damaligen Ministers Clement. Darin preist jener die Erfolge seiner »Arbeitsmarktreform« und geißelt »Leistungsmissbrauch« und »Sozialbetrug«.

Auf Menschen, denen Leistungsmissbrauch unterstellt wird, bezieht sich dann auch die eingangs zitierte Erklärung. Dabei scheint der Autor (oder die Autorin?) durchaus zu befürchten, dass der Begriff »Parasiten« in diesem Zusammenhang Anstoß erregen könnte. »*Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen.*« wird deshalb gleich im nächsten Satz klargestellt. Die Leserin stutzt! Ist dies ein unbeholfener Versuch, zu demonstrieren, dass man sehr wohl weiß, was politisch korrekt ist, dass einem dieser Parasiten-Vergleich aber leider nun mal so in den Text gerutscht ist (und man die Taste zum Löschen nicht findet)? Der wiederum nächste Satz bringt Aufklärung: »*Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.*« Unstatthaft ist der Vergleich also nicht, weil er Menschen entmenschlicht, sondern weil er ihr bewusst böses Handeln mit der unschuldigen Natur vergleicht.

Der gesamte Text wäre hinsichtlich seiner Diktion einer Analyse wert. Allein hier fehlt der Platz für solche Würdigung.¹

Die Hatz beginnt

Das Stammisch- bzw. Groschenroman-Niveau eines offiziellen Ministeriums-Textes verweist wohl auf die gewünschten AdressatInnen und den verfolgten Zweck. Mehrmals enthalten die aufgeführten Beispiele für Leistungsmissbrauch den Hinweis, dass eine »wache Nachbarschaft« und »anonyme Anzeigen« die ARGE zur näheren Prüfung der Verhältnisse veranlasst hätten und so die Entdeckung des Betrugs möglich machten. Und darüber, ob man einen Appell des Ministers in seinem Vorwort missversteht, wenn man ihn als Aufruf zur Denunziation interpretiert, lässt sich bestenfalls streiten: »Ohne Anstand und Moral« könne »die

¹ Es wimmelt von Wörtern wie »abzocken«, »erschleichen«, »tricksen«. Daneben findet sich aber auch eine fast (courths)ma(h)lerische Beschreibung wie »Mondäne Villen reihen sich in vielen Straßenzügen aneinander wie Perlen an einer Kette.«
Eine pdf-Datei des Textes stellen wir auf unsere Homepage: www.bayern.gew.de
Über einen Link im Inhaltsverzeichnis der DDS lässt er sich herunterladen.

Erneuerung unseres Sozialstaates nicht gelingen« salbadert er, und wünscht sich, dass »... Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, dabei mitwirken und mithelfen«.

Parallel häufen sich Fernsehberichte, in denen Kamera-teams hinter ARGE-PrüferInnen in Wohnungen eindringen, um spektakuläre Einzelfälle betrügerischer LeistungsempfängerInnen zu dokumentieren. So erreicht die Kampagne auch ein weniger lesefreudiges Publikum, das »Big-Brother«-geübt, jeden voyeuristischen Blick in fremde Betten und Schränke zu schätzen weiß.

Zweck dieser widerlichen Kampagne dürfte sein, weitere Leistungseinschnitte bei Hartz IV-EmpfängerInnen vorzubereiten. Denn selbst die rigide Auslegungspraxis des Gesetzes hat nicht verhindert, dass die Kosten des Alg II derzeit fast doppelt so hoch sind, wie von der Regierung veranschlagt. Dass dies nicht am »Leistungsmissbrauch« liegt, zeigen die Ergebnisse einer Untersuchung der Stiftung Warentest.Finanztest. Deren Befragung von 4.400 Arbeitslosen und zahlreichen Behörden hat ergeben, dass »fast jedem Zweiten aller Befragten, die wegen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Bescheids Widerspruch eingelegt und bereits eine Antwort bekommen hatten, zusätzliches Geld« bewilligt werden musste und zwar im Durchschnitt 127 Euro mehr als die ursprünglichen Bescheide auswies. Die andere Hälfte der Widersprüche wird noch von den Sozialgerichten überprüft.²

Der neuen Bundesregierung ebnet diese von Clement initiierte Kampagne argumentativ den Weg. Bereits jetzt schlägt sein Nachfolger Müntefering in die gleiche Kerbe und kündigt hartes Vorgehen gegen Langzeitarbeitslose an, die seiner Meinung nach zu Unrecht Leistungen des Staates beziehen. Eine Zielrichtung deutet Roland Koch bereits an: »Wenn inzwischen fast jeder 18-jährige Jugendliche als selbstständige Bedarfsgemeinschaft gilt, unabhängig von den Unterhaltsansprüchen an die Eltern, muss man sich nicht wundern, dass es eine beträchtliche Ausweitung der Antragsteller gibt.«³ Da hat man sie also schon im Visier.

Die Stiftung Warentest stellte für diesen Personenkreis fest: »Besonders weit liegen Anspruch und Wirklichkeit bei der Betreuung von Arbeitssuchenden unter 25 Jahren auseinander. Das Gesetz schreibt vor, ihnen unverzüglich eine Beschäftigung anzubieten. Doch nur gut ein Drittel der Befragten in dieser Altersklasse erhielten überhaupt ein Angebot. Für jeden Zweiten davon war es ein Ein-Euro-Job.«

Übrigens: Das ARD-Morgenmagazin vom 20.10. beziffert den Schaden durch Alg II-Missbrauch auf 3 Mrd. Euro, den Schaden durch Wirtschaftskriminalität auf 210 Mrd.!

von Karin Just

Dipl.-Sozialökonomin
Redaktionsleiterin der DDS



² Vgl. www.stiftung-warentest.de/online/steuern_recht/Test:AufHartzundNieren.

³ Süddeutsche Zeitung vom 24. Oktober 2005.

Unterrichtseinheiten und aktuelles Datenmaterial zum Thema Kinderarmut

Das Deutsche Jugendrotkreuz bietet Lehrerinnen und Lehrern zwei Unterrichtseinheiten für die Sekundarstufe I. Unter den Titeln »Reiches Land – arme Kinder« und »Ohne Moos nix los« wird das Thema Kinder- und Jugendarmut in Deutschland mit Anregungen und Übungen für den Unterricht dargestellt.

Die Unterrichtseinheiten können heruntergeladen werden unter: www.djrk.de (Armut – Schau nicht weg).

Die Auswirkungen von Hartz IV, insbesondere des SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), auf die Situation von Kindern untersucht eine Studie im Auftrag des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV). Die Untersuchung belegt, wie die Einführung von Hartz IV zu Jahresbeginn die Zahl der von Armut betroffenen Kinder hat steigen lassen. Text und Grafiken der Untersuchung sind auf der homepage des DPWV unter paritaet.org zu finden.

Krise und Zukunft des Sozialstaates¹

Das wird die Spitze der SPD nicht gerne hören:

Der Kölner Politikwissenschaftler und Genosse Prof. Dr. Christoph Butterwegge legt mit seinem neuen Buch »Krise und Zukunft des Sozialstaates« den Finger in die Wunde der von rot-grün betriebenen Regierungspolitik und fordert einen klaren Kurswechsel seiner Partei, um den Wohlfahrtsstaat zu erhalten und auszubauen. Butterwegge bemängelt, dass viele SozialdemokratInnen die *Verteilungsgerechtigkeit* als altmodisch abtun und stattdessen *Teilhabe- und Chancengerechtigkeit* in den Mittelpunkt stellen. In seinem Buch betont Butterwegge jedoch, dass Teilhabegerechtigkeit ohne materielle Gleichheit nicht gerecht ist, da materiell Unterprivilegierte eben nicht in der Lage sind, sich Teilhabe zu erkämpfen. Dies auszugleichen sei und bleibe Aufgabe des Sozialstaates, da ein reines Festlegen verbindlicher, »fairer« Regeln nicht ausreicht: »Die soziale Gerechtigkeit als »Fairness« zu definieren [...] bedeutet im Grunde, sie auf ein formales Verfahrensprinzip zu reduzieren und inhaltlich, d.h. hinsichtlich ihres materiellen Gehalts und der gesellschaftspolitischen Konsequenz, zu kastrieren.« (S. 250)

Butterwegge beginnt sein Buch mit einem historischen Überblick über die Entwicklung des Sozialstaates. Die Gemeinsamkeiten der Begründungen für Sozialabbau sind dabei frappierend. Durch die Pervertierung von Begriffen (»Umbau« statt »Abbau«) und das Erzeugen von Sachzwängen wird und wurde der Wohlfahrtsstaat immer wieder angegriffen, ohne dass die Funktion desselben als historischer Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit noch eine Rolle spielt. Detailreich informiert Butterwegge über die Entstehung und Weiterentwicklung des Sozialstaates sowie über seine Umfunktionierung im sog. Dritten Reich, schildert seine Rolle im Systemkonflikt und seinen mit der ersten Ölkrise 1974/75 unter Helmut Schmidt beginnenden Abbau. Butterwegge betont, dass dieser »Rückbau« nicht im Sozialstaat selbst begründet liegt, sondern auf externe Faktoren wie die Globalisierung und den demografischen Wandel geschoben werden. Dem hält der Politikwissenschaftler entgegen, dass »die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft« sich nicht »nach dem Alter ihrer Mitglieder [bemisst], sondern nach der Ertragskraft ihrer Volkswirtschaft« (S. 259).

In seinem Buch setzt sich Butterwegge auch mit der Wahrnehmung der EmpfängerInnen staatlicher Transferleistungen auseinander. Ging es bei Einführung der sozialen Sicherungssysteme auch um die Dekommodifizierung und Humanisierung des Lebens und die Absicherung von biografischen Risiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit durch ein am Lebensstandardprinzip orientiertes, solidarisches Versicherungswesen, so sieht dies heute ganz anders aus: TransferleistungsbezieherInnen sind

tendenziell dem Vorwurf ausgesetzt, in der »sozialen Hänge-matte« zu liegen und »Sozialschmarotzer« zu sein. Die Biografie dieser Menschen soll über die Vermarktlichung der Sicherungssysteme, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken sollen, einer Rekommodifizierung unterzogen werden. Das Prinzip der »neuen« Sozialdemokratie, Fordern und Fordern, bewirkt laut Butterwegge letztlich nur einen Abbau des Sozialstaates und die Erhöhung des Drucks auf die Betroffenen. Der Lebensstandard wird durch die minimale Bedarfsdeckung ersetzt, der Transferleistungsempfänger zu einem Bittsteller degradiert. Butterwegge macht überzeugend deutlich, dass von Alternativlosigkeit zum Sozialabbau keine Rede sein könne. Vielmehr gehe es darum, den Wohlfahrtsstaat über eine allgemeine, einheitliche und solidarische Bürgerversicherung weiterzuentwickeln. Diese müsse nicht nur alle WohnbürgerInnen einbeziehen, sondern auch weder Versicherungspflicht- noch Beitragsbemessungsgrenzen haben und ohne private Konkurrenz bei Einbeziehung der bisherigen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung gestaltet werden.

Das Versagen der rot-grünen Bundesregierung² liegt Butterwegge zufolge in der Umsetzung zentraler neoklassischer Dogmen (Stichwort: »Senkung der Lohnnebenkosten«), anstatt selbst gestalterisch tätig zu werden. Daher werde die SPD heute auch nicht mehr als Sozialstaatspartei wahrgenommen, die sie traditionellerweise war.

Fazit: Butterwegges Buch ist ein wissenschaftlich fundiertes, aber auch politisch engagiertes Plädoyer für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialstaates. Aufgrund der aufschlussreichen Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Sozialsysteme und des Nachzeichnens der aktuellen Diskussionslinien ist das Buch ein wichtiger und sehr zu empfehlender Beitrag in der Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Die historische Einordnung erleichtert dabei das Erkennen der Diskussions- und Interessenlagen, die von Rot-Grün derzeit so gerne vertuscht werden.

Von Klemens Himpele, Juso-Vorsitzender in Köln

¹ Diese Rezension ist ein leicht überarbeiteter Text, der zunächst erschien in: spw - Zeitschrift für Sozialistische in Politik und Wirtschaft, Ausgabe 144.

² Zum Zeitpunkt des Verfassens lag das Ergebnis der Bundestagswahl noch nicht vor.

Krise und Zukunft des Sozialstaates
Von Christoph Butterwegge
VS Verlag für Sozialwissenschaften
318 S., geb. EUR 24,90
ISBN 3-8100-4138-6

Die Bugwelle wird größer

Ausgrenzungen beim Übergang Schule – Beruf

Die Befunde sind eindeutig: Niedrige Qualifikation bedeutet ein hohes Arbeitsmarktrisiko, hohe Qualifikation ein vergleichsweise niedriges Risiko, arbeitslos zu werden. Dieser Trend ist seit Jahren ungebrochen.

Zudem, so hat es eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung vom Juni diesen Jahres erneut bestätigt, schützt eine gute Ausbildung nicht nur vor Arbeitslosigkeit, sondern hilft, das Arbeitsvermögen bis zum Rentenalter länger und besser zu nutzen.

Vorfahrt für Ausbildung also?

Ernüchternde Realität

Die Erfolgsmeldungen zum Ende des Ausbildungsjahres 2005 über die vermittelten Jugendlichen stehen im grotesken Widerspruch zur Realität. In den Medien war von

»Trendwende« am Ausbildungsstellenmarkt die Rede, Bundesregierung und Wirtschaft bewerteten den »Nationalen Ausbildungs-pakt« wiederum als Erfolg.

Dabei genügte ein Blick auf die Zahlen, um die Augenwischereien zu erkennen.

Die Zahl der bei den Arbeitsagenturen in Bayern gemeldeten Ausbildungsstellen sinkt seit fünf Jahren kontinuierlich: Wurden im Ausbildungsjahr 2000/2001 noch über 100.000

Lehrstellen registriert, sind es zum Ende dieses Ausbildungsjahres im September nur noch 72.740. Die Betriebe verweigern sich immer mehr der Ausbildung.

Zwar besitzen 63 Prozent aller Betriebe in Bayern die Ausbildungsberechtigung, allerdings bilden nur gut die Hälfte davon (52 %) auch tatsächlich aus. Damit stehlen sich die Unternehmen aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Jugendlichen.

Dabei werden Ausbildungsstellen dringender denn je benötigt. Die Zahl der gemeldeten BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz stieg in den vergangenen fünf Jahren zum dritten Mal in Folge an. Von 91.137 BewerberInnen um eine Lehrstelle im Jahr 2001/2002 kletterte die Zahl auf 104.216 im aktuellen Ausbildungsjahr.



*)

Die Probleme am Ausbildungsstellenmarkt werden nicht beseitigt, sondern von Jahr zu Jahr verschoben. Weit über ein Drittel aller BewerberInnen um eine Ausbildung sind AltbewerberInnen, die im letzten Jahr nicht zum Zug gekommen sind.

Zum Ende des Vermittlungsjahres 2004/2005 ergibt sich

in Bayern aus den Statistiken der Arbeitsagenturen eine rechnerische Lücke von 31.476 fehlenden Lehrstellen zwischen Angebot und Nachfrage. Nachdem die Arbeitsagenturen zum September 2005 »nur« 4.803 nicht vermittelte BewerberInnen registrierten, müssen die Jugendlichen woanders als in betrieblicher Ausbildung untergebracht sein. Klar ist, dass es Ausbildungsstellen gibt, die in der Statistik der BA nicht auftauchen und von Jugendlichen über direkte Kontakte besetzt werden.

Ebenso eindeutig ist aber, dass die vermeintlichen Erfolgsmeldungen nur zustandekommen können, wenn man betriebliche Ausbildungsstellen und alle Maßnahmen addiert.

Zunehmende Qualifikationsverweigerung

Die Arbeitsagenturen hatten im Ausbildungsjahr 2004/2005 über 230.000 Rat Suchende zu verzeichnen, 104.216 davon wurden BewerberInnen um eine Ausbildungsstelle. Wer Bewerber bzw. Bewerberin wird, ist also auch ausbildungsreif! Dennoch wird beredt Klage geführt, die Jugendlichen, die auf der Strecke bleiben, seien eben nicht reif für eine Ausbildung.

**) »Du bist Deutschland« unter diesem Motto soll »die größte Pro bono-Kampagne der Republik« gemäß ihrer Pressemitteilung vom 23.9.05 »für Aufbruchstimmung in Deutschland sorgen und deutlich machen: Es kommt auf jeden Einzelnen an. Initiator und Träger der Aktion sind 25 Medienunternehmen unter Federführung der Bertelsmann AG im Rahmen der Initiative »Partner für Innovation«, die mit »einem unentgeltlich zur Verfügung gestellten Mediavolumen von mehr als 30 Millionen Euro« gestartet ist. Das Manifest der Kampagne (www.du-bist-deutschland.de) endet mit folgendem Appell: »Behandle dein Land doch einfach wie einen guten Freund. Meckere nicht über ihn, sondern biete ihm deine Hilfe an. Bring die beste Leistung, zu der du fähig bist. Und wenn du damit fertig bist, übertriff dich selbst. Schlag mit deinen Flügeln und reiß Bäume aus. Du bist die Flügel. Du bist der Baum. Du bist Deutschland.« Die Kampagne hat schon manche beflügelt, z.B. einen Philipp aus Stuttgart, der auf der Homepage kundtut: »Ich will, dass Deutschland seine Schritte gemeinsam geht, so dass die Erde unter unsren Füßen bebt.« Ein Motiv heißt übrigens »Du bist Michael Schumacher«. Da werden die Schweizer aber lachen!*
K.J.

Fakt ist jedoch, dass immer mehr Jugendliche in Wartepositionen gedrängt werden bzw. auf andere, nicht betriebliche Qualifizierungsmöglichkeiten ausweichen müssen.

In diesem und im letzten Jahr sind ca. 14.500 Jugendliche in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen untergebracht.

Zusätzlich wurden im Schuljahr 2004/2005 28.500 Schülerinnen und Schüler in 1- bis 2-jährigen Berufsfachschulen (ohne Gesundheitsberufe) vorqualifiziert. Auch hier nehmen die Zahlen deutlich zu: Vom Jahr 2002 bis 2005 gibt es ein Plus von 7.000 Plätzen in diesen Berufsfachschulklassen.

Besonders sichtbar ist die Ausgrenzung von immer mehr Jugendlichen aus der Ausbildung beim Blick in die bayerischen Berufsschulen:

Eine Untersuchung des Bayerischen Rechnungshofes kommt zum Ergebnis, dass im Schuljahr 2002/2003 von allen 87.270 BerufsschülerInnen in der Jahrgangsstufe 10 18.427 oder 21 % ohne Ausbildungsverhältnis waren.

Drastisch zeigt sich auf längere Sicht betrachtet die Dimension der Ausbildungsverweigerung am Beispiel der »Jungarbeiterklassen«, jetzt JoA-Klassen (Jugendliche ohne Ausbildungsplatz). Im Schuljahr 1993/94 waren von 276.000 BerufsschülerInnen 9.500 SchülerInnen ohne Ausbildung in den Jungarbeiterklassen. Im Schuljahr 2004/2005 waren es bei einer nahezu identischen Anzahl von SchülerInnen, nämlich 274.000 schon 17.700 SchülerInnen in den JoA-Klassen, was fast einer Verdoppelung entspricht.

Summiert man die Jugendlichen in den berufsvorbereitenden Maßnahmen, in den JoA-Klassen und die in den teilqualifizierenden Berufsfachschulen, so kommt man im Schuljahr 2004/2005 auf ca. 60.000 Jugendliche, die keine oder nur eine teilqualifizierende Berufsausbildung erhalten.

Alles Reden von notwendiger Höherqualifizierung und der »Wissengesellschaft« erweist sich für einen großen Teil eines Altersjahrgangs als Schall und Rauch.

Unübersichtliche Übergänge

Die immer größeren Schwierigkeiten beim Übergang Schule – Beruf führen dazu, dass die Frage der Qualität von Ausbildung und Qualifizierung zugunsten reiner Quantitäten in den Hintergrund tritt.

Dennoch müssen zukünftig manche Fragen neu (oder wieder) gestellt werden:

Die Ausbildungsquote bei FriseurInnen beträgt, nach einer Untersuchung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, im Freistaat 25,2 %. Auf der anderen Seite sind aber 34,2 % aller ausgebildeten FriseurInnen in Bayern arbeitslos. Führt also die hohe Ausbildungsquote nicht zu enormen Fehlqualifikationen, sowohl der Beschäftigten als auch der Gesellschaft insgesamt?

Die im Bundesvergleich hohe Erwerbsquote in Bayern kommt vor allem dadurch zustande, dass viele Jugendliche erwerbstätig und nicht (mehr) in Schule oder Studium sind. Die Erwerbsquote der 15- bis 20-Jährigen liegt im März 2004

in Bayern bei 40,4 %, im westdeutschen Schnitt bei 28,6 %. Ist das zukunftsfähig?

Die Probleme am Ausbildungsstellenmarkt sind in Nordbayern besonders groß. Dennoch ist die Ausbildungsquote in Nordbayern höher als in Südbayern. Müsste man die Qualifikationsstruktur in Nordbayern nicht so verändern, dass mehr Jugendliche weiterführende Schulen besuchen, damit einerseits mehr Menschen besser qualifiziert werden, andererseits der Druck auf den Ausbildungsmarkt abnimmt?

Die Schwierigkeiten beim Übergang zwischen Schule und Beruf sind mit eindimensionalen Antworten nicht zu lösen. Vielmehr muss dabei die gesamte Dimension von Schule, Berufsbildung und Weiterbildung in den Fokus. Die Qualität von Bildung und Qualifizierung ist die Blaupause aller Überlegungen und nicht erfolglose Bündnisse oder pure Spardiktate.

Die Schule muss besser werden. In Bayern verlassen ca. 10 % aller Schülerinnen und Schüler die Schulen ohne irgendeinen Schulabschluss. Ein stringentes Konzept, diesen Anteil deutlich zu vermindern, das mehr ist als die Summe von unverbundenen Einzelmaßnahmen und das klare Zielperspektiven hat, fehlt völlig.

Wenn Jugendliche zusehends schlechtere Chancen auf eine Lehrstelle haben, braucht es die duale Berufsausbildung *ergänzende, schulische Einrichtungen* zur zukunftsfähigen Qualifikation der Jugendlichen. Dabei müssen die Unternehmen über eine Abgabe an der Finanzierung dieser Aufgabe beteiligt werden.

Die Verzahnung von *Aus- und Weiterbildung* ist auch über Modellprojekte zu erproben. Beispielsweise können gerade schulisch schwächere Jugendliche damit gefördert werden.

Statt der immer wieder geforderten »Theorieentlastung« der Ausbildung könnte ein Modell wie folgt aussehen: Der Jugendliche bekommt einen Vertrag über fünf Jahre, davon sind zwei Jahre Ausbildung, zwei weitere Jahre Beschäftigung mit garantierten Weiterbildungsmöglichkeiten, um einen Abschluss zu erreichen, und ein Jahr, das nur Beschäftigung beinhaltet. Damit bekämen Jugendliche mehr und nicht weniger Qualifikation.

Deutlich muss davor gewarnt werden, auf einen wie auch immer gearteten Niedriglohnsektor als Lösung der Probleme mangelnder Qualifikation zu bauen. Dies ist ein Weg in die Sackgasse, sowohl für die gesellschaftliche Entwicklungsperspektive als auch für die Einzelnen.

Wer im Niedriglohnsektor landet, hat zumeist keine Perspektive, diesen wieder zu verlassen. Ganz zu schweigen davon, dass der Niedriglohnbereich überkommene Strukturen der Benachteiligung von Frauen erneut zementiert und die Menschen in Armut belässt.

Damit würde aber der Kreislauf »Soziale Herkunft und vererbare Bildungsarmut« weiter reproduziert.

von Robert Günthner

DGB Bayern
Abt. Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik
und Qualifizierung



Landrat Zorn ein »Lidk« des öffentlichen Dienstes?

Wie uns erst im Oktober bekannt wurde, beschäftigt der Landkreis Würzburg schon seit über einem halben Jahr mehrere SozialpädagogInnen mit ambulanten Jugendhilfeaufgaben (ISE: Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung), ohne dass diese bei ihm oder bei einem Träger der Wohlfahrtspflege offiziell beschäftigt sind.

Wie das geht?

Man gründe ein Kommunalunternehmen (KU), um von den Kreisausschüssen unabhängig zu sein, aus dem man wiederum eine Tochter, die Leiharbeitsfirma »Procura« ausgründet, diesmal ohne den geltenden Tarifvertrag (BAT/TVöD). Und schon wird soziale Arbeit preiswert – es gilt nämlich der Zeitarbeitsarif, den u. a. die DGB-Gewerkschaften dank der rot-grünen »Reform« im Jahre 2003 abgeschlossen haben: Die Entgeltstufe für SozialpädagogInnen liegt 2005 bei 13,84 Euro pro Stunde. An diese um ca. 30 % billigeren Kräfte vergibt man dann Maßnahmen wie ISE. Der Stundensatz liegt nun mindestens 25 % unter denen der bisher engagierten Freien Träger!

Trafen bisher solche Ausgründungen das Putz- und Küchenpersonal von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen – was genau so schlimm ist –, so sind es mit dem Beschluss des Landrates Zorn (»sein Direktionsrecht«) bereits Kräfte aus den Fachabteilungen der Landratsämter!

Mit dieser Art Personalplanung wird nicht nur eine moralische Grenze überschritten. Es ist zu befürchten, dass bei Nachahmung und Ausdehnung solcher Maßnahmen die traditionellen Freien Träger ausbluten und Kernbereiche des öffentlichen Dienstes tariflich auszehnen.

Für ihr Handeln haben Landrat Zorn und seine Anhänger auch volle Deckung durch Rechtsaufsicht und Staatspartei (vgl. Schreiben der CSU in der DDS 9/05): Als Vollzug der Stoiberschen Kürzungspolitik werden halblegal, aber noch rechtsstaatlich, Subsidiarität und Tarifautonomie gleichzeitig gesprengt. Die Gesetze zur Leiharbeit (»Arbeitnehmerüberlassung« von 2003) und Hartz IV der rot-grünen Bundesregierung, nach denen Arbeitslose sich nicht mehr auf die »ortsübliche Bezahlung« (BGB §138) berufen können, erweisen sich für diese Strategie als außerordentlich hilfreich.

Die Freien Träger der Wohlfahrtspflege müssen sich fragen lassen, wie sie in Zukunft mit solchen »Lidks« halbwegs faire Ver-

einbarungen schließen wollen – im Fall der ambulanten Jugendhilfe gibt es nicht einmal die Kontrollmöglichkeit einer Schiedsstelle. Eigentlich müssten sie erkennen, dass in einer bloßen Anpassung an diese Lohndrückerei keine Zukunft für ihre Branche liegt. Nur der Abbau von Preiskonkurrenz untereinander, gemeinsames öffentliches Auftreten und der Aufbau von gemeinsamen Branchentarifstrukturen könnten noch helfen. Offensives Eintreten für den Wert sozialer Arbeit – nicht preiswert, sondern ihren Preis wert – muss auf allen Ebenen, vom Jugendhilfeausschuss bis zur Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege wieder gelernt werden. Kurzfristiges betriebswirtschaftliches Denken genügt nicht. Der volkswirtschaftliche Aspekt sozialpädagogischer Arbeit muss wieder in den Vordergrund rücken.

Der öffentliche Träger Landkreis Würzburg hat mit seinem Verhalten jedes Maß verloren, egal wie er sich politisch rechtfertigen mag. Die Einstellung von drei SozialpädagogInnen als LeiharbeiterInnen ist nur der Anfang. Landrat Zorn verheißt Weiteres.

Bei der schwammigen Rechtslage kann eigentlich (abgesehen von der Beteiligung des Personalrats) nur massiv politisch auf dieses Vorgehen reagiert werden. Oder wollen wir auf jenen fernen Tag hoffen, an dem die Nachfrage nach Fachkräften sozialer Arbeit die Preise wieder ansteigen lassen wird?

KollegInnen, die ihr in der Jugend- und Behindertenhilfe tätig seid: Meldet uns alle Fälle von Lohndumping, ob von freien oder öffentlichen Trägern!

Gegen solche Machenschaften hilft nur die Solidarität in unserer Branche.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de



Um Missverständnissen vorzubeugen: Unser Zorn richtet sich natürlich nicht gegen die LeiharbeiterInnen, sondern gegen Leute in politischer Verantwortung, die jene (auch 1-Euro- und 400-Euro-JobberInnen) missbrauchen, um systematisch tarifliche und soziale Mindeststandards zu brechen.

Den nebenstehenden Zeitungsausschnitt, der den nächsten derartigen Fall in Würzburg dokumentiert, entnehmen wir der Süddeutschen Zeitung vom 20.10.2005.



Antwort an die CSU-Fraktion:

Es ist zwar lobenswert, dass sich die CSU-Fraktion die Zeit genommen hat, ausführlich auf unseren Antrag zu antworten, aber es gibt doch inhaltlich einige fachliche Anmerkungen zu machen.

Der Antrag zielte darauf ab, zukünftig zu verhindern, dass Billigstanbieter die erreichten Standards in der Jugend- und Behindertenhilfe durch Eigen- oder Fremdausbeutung unterlaufen.

Dazu ist nötig, dass die Kommunen und Landkreise auch weiterhin zu einer kosten-deckenden Finanzierung für **alle** Anbieter von Leistungen verpflichtet werden, gegebenenfalls auch unter Aufdeckung der tatsächlichen Kosten des einzelnen Anbieters. Es kann nicht angehen, dass ein Anbieter zum Maßstab genommen wird, der keine Sozialversicherungskosten hat, weil er nur MitarbeiterInnen beschäftigt, die z.B. über ihre Ehepartner krankenversichert sind und für die nur eine minimale Rentenversicherung bezahlt wird. Jene Anbieter, die mit MitarbeiterInnen arbeiten, die tariflich gebunden sind, bzw. echte freiberufliche Anbieter, die selbst für ihre Krankenversicherung und Rentenversicherung sorgen müssen, können so nicht konkurrieren. Gute Sozialarbeit, die auch langfristige Erfolge bringt, muss adäquat bezahlt werden.

Wer unternehmerische Aktivitäten auch im Bereich der sozialen Arbeit unterstützen möchte, muss sich mit allen Bedingungen auseinander setzen. So werden z.B. gemeinnützige Träger und gewerbliche Träger bei der Mehrwertsteuer unterschiedlich behandelt. Eine Kommune müsste somit für vergleichbare Leistungen beim gewerblichen Träger derzeit 16 % Mehrwertsteuer bezahlen, bei gemeinnützigen Anbietern entfällt sie. Bislang ist es in vielen Gemeinden und Landkreisen allerdings Praxis, so zu tun, als sei die Mehrwertsteuer keine Endverbrauchersteuer, sondern eine Steuer, die das Unternehmen zu tragen hat, d.h. sie bezahlen diese Steuer einfach nicht. Kleine private Anbieter sind so nicht konkurrenzfähig. Hier wäre es wünschenswert, wenn die Steuer nicht an den Status des Anbieters, sondern an die erbrachte Leistung gekoppelt würde. Damit würde Leistung gleich bewertet.

Ferner bezweifelt Herr Hermann, dass die Hilfe immer bei den hilfsbedürftigen Menschen ankommt. Hier kann man nur darauf verweisen, dass seit Einführung des Hilfeplanverfahrens, in dem die hilfsbedürftigen Personen direkt beteiligt

sind, weitgehend ausgeschlossen werden kann, dass Hilfen an der Sachlage vorbei finanziert werden. Das mag früher möglich gewesen sein, aus meiner Sicht heute kaum noch. Ähnlich ist es in der Behindertenhilfe seit Einführung des Gesamtplans nach SGB XII.

Die Ausweitung der Kosten für die Jugend- und Behindertenhilfe hat sicherlich andere Gründe. Wir erleben seit geraumer Zeit einen Geburtenrückgang, allerdings nur in Gesellschaftsschichten mit höherem Bildungsstatus. In den anderen Bevölkerungsteilen gibt es nicht weniger Kinder, was dazu führt, dass der prozentuale Anteil von »Risikokindern« wächst und damit die Kinder- und Jugendhilfe ausgeweitet werden muss. In der Behindertenhilfe erleben wir einen Anstieg, u.a. im Werkstattbereich, der nicht zuletzt durch ständige Aussonderung von Menschen im Rahmen einer ungezügelten Marktwirtschaft verursacht wird.

Bedenklich ist auch jene Anmerkung von Herrn Hermann, die auf den Einsatz von ehrenamtlichen Kräften zielt. Hier möchte ich auf die gesetzlichen Vorgaben verweisen. Ehrenamtliches Engagement kann und darf professionelle Sozialarbeit nicht ersetzen. Ehrenamtlich tätige Menschen haben einen Anspruch darauf, für ihre Hilfe etwas zurückzubekommen, etwa in Form von emotionaler Zuwendung, was sie ausdrücklich von professioneller Hilfe unterscheidet.

Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn der Dialog mit der CSU-Fraktion weitergeführt werden könnte, wir müssen aber mit Bedauern konstatieren, dass gerade die CSU auf den Ebenen, auf denen sie Verantwortung trägt, sehr viel dazu beigetragen hat, eine kostendeckende Finanzierung sozialer Arbeit zu verhindern. Beispiele sind die Null-Runden bei der Behindertenhilfe, Leiharbeitnehmer tarife in der Jugendhilfe sowie die Wegorientierung vom persönlichen Hilfebedarf für Familien und Einzelpersonen.

Die MitarbeiterInnen in sozialpädagogischen Berufen müssen von ihrem Gehalt auch weiterhin leben können, sei es als Angestellte oder als FreiberuflerInnen. Nur so kann auch eine langfristig positive Arbeit gewährleistet werden.

von Heidi Breucker-Bittner

Dipl.-Sozialpädagogin
Freiberufliche Tätigkeit, Hilfe zur Erziehung für
gehörlose und Schwerhörige Eltern mit hörenden
oder gehörlosen Kindern



Der **LesePeter** ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter: www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de abrufbar.

Im November 2005 erhält den LesePeter das Sachbuch
Anna Möller: **Nester bauen, Höhlenknabbern.**
Wie Insekten für ihre Kinder sorgen.
Zürich, Atlantis bei orell Füssli 2004. 32 Seiten / gebunden / 14,90 Euro

Im Dezember 2005 erhält den LesePeter das Bilderbuch
Einar Turowski: **Es war finster und merkwürdig still.**
Zürich, Atlantis bei Orell Füssli 2005. 24 Seiten / gebunden / 17,90 Euro

GEW-Aktion in Regensburg am 24. September 2005

Die Zeit zwischen Wahlentscheidung und Entscheidungsfindung nutzte die GEW Regensburg um »Die Regierung zu bilden«. Mit Transparent, Informationsmaterial, Musik und guter Laune begab sich der Kreisvorstand zur besten Einkaufszeit am Samstagmittag



ins historische Stadtzentrum, um mit dem Volk ins Gespräch zu kommen. Thema war die Bildungsmisere in allen Bereichen. Gefragt waren Erfahrungen, Einschätzungen und Erwartungen. Zum Gespräch bereit standen Fachleute aus allen Bildungsbereichen. So wurde vor Ort und basisdemokratisch schon mal »die Regierung gebildet« – durchaus im doppelten Wortsinn! slo

Kongress

Eine Schule für alle

19. November 2005 von 10.00 - 17.00 Uhr
Städtische schulartunabhängige Orientierungsstufe
Quiddestraße 4 • München-Neuperlach

Überall in Deutschland sind Initiativen entstanden, die eine Schule für alle Kinder mindestens bis zum ersten Schulabschluss fordern. Die so genannte Schulstrukturdebatte ist in vollem Gange, auch wenn die Kultusminister und Kultusministerinnen der meisten Bundesländer sie am liebsten im Keim erstickt hätten. Auch in Bayern, dem Land, auf welches alle verweisen, die von den Vorzügen des gegliederten Schulsystems überzeugt sind, haben sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und viele Eltern zusammengefunden, um sich für eine Schule für alle einzusetzen. Am Samstag, 19. November, trifft sich die Initiative »Eine Schule für alle« in München zu einem Kongress, um Argumente auszutauschen, Strategien zu erarbeiten und die eigene Position kritisch zu hinterfragen. Wenn Sie mitdiskutieren möchten, sind Sie herzlich willkommen!

Programm:

- 10:30 Uhr **»Eine andere Schule ist möglich«** Otto Herz, Mitgründer der Bielefelder Laborschule
 10:50 Uhr **»Mängel des gegliederten Schulwesens«** Marianne Demmer, stellvertretende Vorsitzende der GEW
 11:45 Uhr **»Der richtige Weg zur besseren Schule - brauchen wir eine Strukturdebatte?«**
 Podiumsdiskussion mit Vincent Steinl (LandeschülerInnenvertretung), Dr. Christof Prechtl (Vereinigung der bayerischen Wirtschaft) und Ingrid Heckner (Mitglied im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags)
 Moderation Ursula Walther (Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbands)
- 12:30 Uhr Mittagspause mit kleinem Imbiss
 13:45 Uhr Diskussion in Arbeitsgruppen
 14:45 Uhr **»Wir haben die Bildungsreform geschafft – Bericht einer finnischen Aktivistin«** Kati Jauhiainen
 15:45 Uhr Entwickeln einer Strategie für die Initiative »Eine Schule für alle«
 Den ganzen Tag lang laufen im Filmraum fünf Filme, die an Beispielen aus Skandinavien und Deutschland zeigen, wie Schule anders gedacht und gemacht werden kann.
 Die Moderation der Tagung übernimmt Jonas Lanig von der GEW Nürnberg.

Anmeldung: bis zum 11. November bei Susanne Glas, GEW Bayern
 E-Mail: SG@bayern.gew.de, Tel. 0 89-5 44 08 10, Fax 0 89-5 38 94 87

Unkostenbeitrag: Schülerinnen und Schüler: 3 Euro; alle anderen Menschen: 8 Euro

**GEW Fachtagung:
Frauen stärken im Schulbereich
Gleichstellung durch Personalpolitik
9.110. Dezember 2005 in Berlin**

Die Fachtagung verortet Gleichstellungsrecht im Kontext des Antidiskriminierungsrechts und der personalpolitischen Praxis im Schulbereich. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Ansprechpartnerinnen und Personalratsmitglieder an unterschiedlichen Schulformen und aus der Schulverwaltung in allen Bundesländern sind zu dieser Fachtagung eingeladen. Eine Handreichung »Diskriminierungsfreie Gestaltung von Personalmaßnahmen im Schulbereich« wird zur Tagung vorgelegt. Diskriminierungspotenziale bei Personalmaßnahmen erkennen ist der Leitgedanke. Außerdem soll das Antidiskriminierungsgesetz weiterhin auf die politische Tagesordnung gesetzt werden.

Weitere Informationen:

GEW-HV Vorstandsbereich Frauenpolitik
Postfach 90 04 09 • 60444 Frankfurt/Main
Tel. 0 69-7 89 73-304
E-Mail: sekretariat.frauenpolitik@gew.de

**Wer kümmert sich um den
abgestürzten Computer und wer
backt einen Kuchen fürs Schulfest?**

Der DGB hat ein Würfelspiel namens »Frauensache, Männersache« herausgebracht, um das Thema »Gender Mainstreaming« in den Schulen zu verbreiten. Das Spiel ist Bestandteil des neuen Unterrichtsheftes »Gleiche Chancen – doppelter Gewinn«, mit dem Lehrkräfte nicht nur Informationen, sondern auch Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung an die Hand bekommen. Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen die Bereiche Berufsorientierung, Chancengleichheit in der Arbeitswelt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ziel des DGB ist es, mit Hilfe der entwickelten Materialien die Geschlechterrollen frühzeitig zu diskutieren und zu hinterfragen. Denn bei der Berufswahl sind die Geschlechtsstereotypen meist schon so verankert, dass Mädchen und Jungen trotz der großen Auswahl an Berufen meist immer noch geschlechtstypische Berufe auswählen. Das Heft kann bestellt werden:

DGB-Bundesvorstand
Abteilung Bildung und Qualifizierung
Henriette-Hertz-Platz 2 • 10178 Berlin
oder unter: www.workshop-zukunft.de

**Kinder, die durch
dick und dünn gehen**

lautet der Titel des Heftes 3/2005 der Fachzeitschrift der Landesarbeitsstelle Bayern der Aktion Jugendschutz »pro Jugend«. Die neue Ausgabe widmet sich ausführlich dem Thema Ess-Störungen und Adipositas. Von einer Übersicht zu den Ursachen über Präventionstipps, Berichten über Projekte bis hin zu Vorschlägen zur Zusammenarbeit

Dies und Das

mit Eltern finden sich viele nützliche Hinweise für PädagogInnen. Informationen über Materialien zum Thema und die Darstellung eines Konzepts für eine LehrerInnenfortbildung zum Thema »Prävention von Ess-Störungen an Schulen« runden das Heft ab. Bestellungen an:

Verlag Aktion Jugendschutz
Fasaneriestr. 17 • 80363 München
Tel. 0 89-12 15 73-0 • Fax: 0 89-12 15 73 99
E-Mail: info@aj-bayern.de oder über:
www.bayern.jugendschutz.de > pro Jugend

**Mit Milchbrei und Rute –
Familie, Schule und Bildung in der
Reformationszeit
Sonderausstellung im Germanischen
Nationalmuseum**

17. November 2005 bis 5. März 2006
Familie, Schule und Bildung sind zentrale Schlagworte der aktuellen öffentlichen Diskussion. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben die Vorstellung von der besonderen Qualität der Bildung in Deutschland erschüttert. Sinn und Zweck von Bildung und Ausbildung stehen zur Diskussion. Ihr Nutzen soll an praktischen Erfolgen ablesbar sein. Dies ist heute nicht anders als in der Zeit des Übergangs vom Mittelalter zur Neuzeit.

Die Ausstellung gibt Einblick in einen der tiefgreifendsten Umbrüche in der Geschichte unseres Erziehungs- und Bildungswesens. Gemälde, Graphiken und Alltagsobjekte treten in Dialog mit den wichtigsten Schul- und Erziehungsbüchern aus der Zeit zwischen 1480 und 1530. Auf diese Weise werden die pädagogischen Konzepte der Reformationszeit anschaulich gemacht. Ausstellung und Publikation vereinen Erkenntnisse der Kunst-, Literatur- und Pädagogikgeschichte und schlagen die Brücke zur Gegenwart und zum Lernen in Zeiten von PISA.

Öffnungszeiten: Di - So 10.00 - 18.00 Uhr,
Mi 10.00 - 21.00 Uhr, Mo geschlossen.
Informationen zu Führungen und Angeboten für LehrerInnen und Schulklassen gibt es unter:

Germanisches Nationalmuseum
Kartäusergasse 1 • 90402 Nürnberg
Telefon: 09 11-13 31-241
E-Mail: schulen@kpz-nuernberg.de
www.kpz-nuernberg.de

**Der VCD veröffentlicht
moderne Unterrichtsideen
für kindgerechte Mobilität**

Mit dem »Praxisbuch Mobilitätserziehung« hat der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) als gemeinnütziger Umwelt-, Verbraucher-, und Lobbyverband ein neues Unterrichtshandbuch für LehrerInnen der

ersten bis sechsten Klassen herausgegeben. Es enthält viele praktische Anregungen für eine moderne Mobilitätserziehung, die Kinder befähigen soll, sich sicher und eigenständig zu Fuß, per Fahrrad und Öffentlichem Nahverkehr fortzubewegen. Mit vielfältigen Unterrichtsideen und Materialien sowie Anregungen für Spiele und Projekte präsentiert es das nötige Handwerkszeug für die methodische und inhaltliche Gestaltung des Unterrichts. Viele Themen lassen sich in abgewandelter Form schon im Kindergarten oder durch die Eltern umsetzen. Nach einer kritischen Beschreibung der Gefahrenpotenziale für Kinder im Verkehr sowie der gängigen Praxis der Verkehrserziehung bietet der Autor Verbesserungsvorschläge für eine bewegungsfördernde Gestaltung der Unterrichtspraktiken.

Das Buch liest sich als Handbuch für PädagogInnen mit vielen ansprechenden Bildern, zahlreichen Kopiervorlagen und Beispielen aus der Unterrichtspraxis. Schulwege, Stadtteil- und Verkehrserkundungen, Mobilität und Umwelt, die Verkehrsmittel Fahrrad, Bus und Bahn, Bewegung und Spiel sowie die Rolle der Eltern werden eingehend beleuchtet. Im Anhang finden sich Literaturtipps und Internet-Links für die Eigenrecherche.

Das Buch kann im Buchhandel bezogen werden (ISBN: 3-89676-995-2), aber auch direkt für 19,- Euro direkt bei:

VCD-Versandservice
Heinrich-Sommer-Str. 13 • 59939 Olsberg
Fon 0 29 62-84 58 65 • Fax 0 29 62-80 01 55
E-Mail: bestellung@vcd.org

Erste Hilfe – Leitfaden für den Notfall

Unfälle lauern überall! Im Beruf, im Straßenverkehr, im Haushalt und in der Freizeit. Niemand geht unfallfrei durchs Leben. Dennoch glauben viele, dass es ausreicht, sich bei Unfällen und Notfällen auf ÄrztInnen oder den Rettungsdienst zu verlassen. Das ist falsch: Jeder ist in einer Notfallsituation gesetzlich – und natürlich auch menschlich – zur Ersten Hilfe verpflichtet. Auch in der Schule, der Berufsschule und im Ausbildungsbetrieb! Denn wer sich auskennt, schnell und überlegt handelt, kann Leben retten.

Mit dem neuen Lernprogramm »Erste Hilfe – Leitfaden für den Notfall« legt das Softwarehaus Andernet der Münchner Anderwerk GmbH einen Ratgeber für die gesamte Erste Hilfe vor. In acht reichhaltig bebilderten Lernabschnitten wird für jede/n verständlich beschrieben, was bei Notfällen und Unfällen zu tun ist.

Kostenpauschale für die CD-ROM zzgl. Verpackung und Versand: 10,70 Euro
Bestellungen an:

Anderwerk GmbH • Andernet
Karlst. 55 • 81333 München
Tel. 0 89-59 08 39-0 • Fax: 0 89-59 08 36 10
www.andernet.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im November Geburtstag feiern, ganz besonders

Parmatma Prakash, München, zum **84.**

Maria Danner, Surberg, zum **82.**

Wilhelm Gebhardt, Happurg, zum **81.**

Helmut Röble, Neuried, zum **80.**

Konrad Maurer, Burghausen, zum **71.**

Dr. Dietrich Grille, Erlangen, zum **70.**

sowie zum **65.**

Gertrud Federschmidt, Nürnberg,

Anne Leipert, Memmingen,

Barbara Schoener, München,

Eduard Jäger, Türkheim,

Volker Roloff, München,

Hermann Mewald, Durach, und

Gerd Webersperger, Winkelhaid.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im November gilt unser Dank ganz besonders

für **54 Jahre** Mitgliedschaft,

Josef Kirchner, München,

für **40 Jahre** Mitgliedschaft,

Max Göbel, Nürnberg,

für **35 Jahre** Mitgliedschaft

Elena Illfeld, Garching,

Elke Kraus, Gunzenhausen,

Brigitte Meixner, Nürnberg,

Annemarie Renges, Allershausen,

Barbara Stössel, München,

Engelbert Angele, Bodolz,

Friedrich Martschin, Stein,

Herbert Meixner, Nürnberg,

Hermann Schießl, Schwabach,

Rainer Unglehart, Grafenaschau, und

Albrecht Wilhelm, Kollnburg.

Interessante Veranstaltungen ab November 2005

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

12.11.05	Bildung anders 15: »Lernen kann gelingen« Mit Jens Großpietsch, Berlin und 6 Workshops */** Info/Anmeldung: gew@brandenstein.de und www.gew-unterfranken.de Schule anders	Fortbildungstag der Seminarreihe »Schule anders«	Ochsenfurt Hauptschule 9.30 bis 16.00 Uhr
14.-15.11.05	Leistungsorientierte Bezahlung in pädagogischen Berufen – Beteiligungsrechte von Beschäftigtenvertretungen. Erfahrungen und Strategien. Anmeldung: gabi.herzog@gew.de */**	Fachtagung	Hannover
18.-19.11.05	Neumitgliederseminar: Politik, Programm und Personal der GEW kennen lernen *	Seminar	Kallmünz/Opf.
19.11.05	Eine Schule für alle. (s. auch Seite 21 dieser DDS) Infos und Anmeldung: GEW Bayern, Tel. 0 89-54 40 81-0	Kongress	München Schule an der Quiddestraße
21.11.05	Wahlschulung für die BR-Wahl. Anmeldung/Veranstalter: www.consulting-fischer.de */**	BR-Seminar	Nürnberg Tratzenzwinger/KJR
10.12.05	Unterschiede als Herausforderung – Was steckt hinter dem Begabungsbegriff? mit Prof. Dr. Elsbeth Stern vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin * Anmeldung in der GEW-Landesgeschäftsstelle: 0 89-54 40 81-0; Fax: 0 89/5389487; info@bayern.gew.de (s. auch Seite 5 dieser DDS)	Fachtagung	München Gewerkschaftshaus 13.30 - 16.30 Uhr
27.-28.01.06	Die GEW stärken: Mitgliederpflege, Mitgliederaktivierung und Mitgliederwerbung. * Infos und Anmeldung: Gertrud Neidiger, Tel.: 0 81 61-6 66 20	Seminar	Niederpöcking DGB-Bildungszentrum

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:

GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Augsburg jeden 1. Schulmittwoch im Monat offene Vorstandssitzung ab 20.00 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Uli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Aschaffenburg Mitgliederversammlung jeden 1. Schul-Mittwoch, 20.00 Uhr, DGB-Haus; Mittwoch danach, 20.00 Uhr, Stammtisch, Pizzeria Venezia
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreibaumStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag, 19.00 Uhr, DGB-Haus, Stammtisch-Termine: www.gew.muenchen.de
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA der LMU, danach ab 22.00 Uhr Stammtisch im EineWeltHaus
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Unterallgäu/Memmingen jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Bertram Hörtensteiner, ☎ 0 83 32/64 66

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weidenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Rudolf Brandenstein, ☎ 0 93 33/5 22

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de

**bildung
and
and**

15. Seminar der Fortbildungsreihe von GEW Unterfranken und GEW Würzburg

Samstag, 12. November 2005
in der Hauptschule Ochsenfurt Fabrikstraße 1



Lernen kann gelingen

praktische Beispiele aus Schule, Schulsozialarbeit und Elementarbereich

9:30 Uhr Einlass:

Markt der Möglichkeiten – Firmen stellen aus
Organisation: Schülerfirma Team Factory der
Hauptschule Ochsenfurt

10:15 - 12:00 Hauptreferat Jens Großpietsch: **Die Heinrich-von-Stephan-Schule – »das Wunder von Moabit«** Der Direktor dieser integrierten Haupt- und Realschule zeigt auf, wie aus einer Katastrophenschule im Berliner Kiez eine Vorzeigschule wurde ■ 12:00 - 13:00 Mittagessen ■ 13:00 - 14:15 Workshops I: **Vermittlung von Basiskompetenzen im Deutschunterricht der 7. und 8. Klasse:** Jens Großpietsch stellt vor, wie mit SchülerInnen gearbeitet wird, die zum Teil erheblich Schreibdefizite mitbringen. **Brennpunkt Klasse - wird klasse - macht Schule:** Gudrun Heimbach, Alexandra Ott, Wolfgang Simon, Gunda Olschok stellen Beobachtungen und Erfahrungen der »Zwischenzeit« (Schulsozialarbeit) an der Hauptschule Marktheidenfeld vor. Dort entstehen spezielle Projekte entlang des Schuljahres, die Störungsherde entschärfen, Schulatmosphäre schaffen, präventiv wirken. **Menschenrecht auf integrative Bildung:** Prof. Dr. Köpcke-Duttler erläutert das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung, Lernziendifferente Integration nach dem BayEUG, Integrationshilfen in Schulen und integrative Bildung in Kindergärten (Bayerischer Erziehungs- und Bildungsplan) ■ 14:30 - 16:45 Workshops II: **Bildung für ALLE Kinder im Elementarbereich:** Dorothea Gollwitzer verdeutlicht an Beispielen aus einem integrativen Kindergarten, dass selbstverständlich auch schon kleine Kinder Anspruch auf eine Umgebung haben, in der sie sich die Welt aneignen können. **»Gemeinsam gut sein«:** Rudolf Gampl und Jörg Nellen berichten, wie die Frieden-Volksschule in Schweinfurt mit 70% Migrantenkindern Bildung durch Erziehung und Unterricht, Integration und Berufsvorbereitung betreibt. Lernen kann gelingen, wenn das Kräfte-dreieck Schule - Eltern - Schülerschaft gestärkt wird. **Treibhäuser der Zukunft – Wie in Deutschland Schulen gelingen:** Reinhard Kahls Film zeigt Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben. Schulen, die Kinder und Jugendliche hungrig machen und nicht satt. Schulen, die anziehende Orte geworden sind.

Anmeldung bis zum 9.11. bei gew@brandenstein.de oder GEW, R. Brandenstein, Fuchsstadter Str. 17, 97286 Winterhausen, Tel.: 09333 522, Fax 09333 903127